die Genossen, die darüber verletzt sind. Sie haben ja auch nicht gesagt, daß die von mir vorgetragenen Tatsachen falsch wären. Sie haben nur angedeutet: Darüber spricht man nicht unter Brüdern. (Heiterkeit.) Sie sind offenbar der Meinung, wo Sozialismus getrieben wird, auch wenn es nach unserer Meinung nicht der richtige ist, müssen wir uns solidarisch fühlen und müssen den Mantel der sozialistischen Nächstenliebe über Fehler decken, die etwa gemacht worden sind. Dieses Gefühl der Solidarität gegenüber den Sozialisten der ganzen Welt ist gewiß eine schöne sittliche Forderung. Ich wünschte nur, sie könnte verwirklicht werden. Aber das hängt ja leider nicht von uns allein ab. (Sehr richtig!) Kann man von uns verlangen, daß wir diese unbedingte Solidarität üben, wenn die Gegenseite das genaue Gegenteil tut? Ich muß schon sagen, so weit können wir denn doch nicht gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Den Genossen, die hier die Beschwerden erhoben haben, möchte ich aber sagen: Wenn man der Meinung ist, die Pflicht der sozialistischen Solidarität verbietet jede Kritik, dann sollte man diesen ethischen Grundsatz zunächst in der eigenen Partei anwenden. (Lebhafte Zustimmung.) Wer aber der Meinung ist, daß in der eigenen Bewegung jede Kritik nicht nur erlaubt, sondern gesund und geradezu notwendig ist, der hat nicht das Recht, eine Kritik zu verbieten, die wir an den zweifelhaften sozialistischen Experimenten in Rußland üben. Wenn in diesem Punkte ein Gegensatz vorhanden ist, dann aber doch nur ein gefühlsmäßiger. Ich habe schon in meinem Referat gesagt, daß niemand von uns den Zusammenbruch des russischen Experiments mit Freuden herbeisehnen kann, und damit ist es mir vollkommen ernst.

Worin besteht aber nun der eigentliche Gegensatz in unserer Anschauung, der doch vorhanden sein muß, weil die Genossen immer davon sprechen, daß wir nicht der gleichen Meinung sind? Dieser Gegensatz beruht — das hat die Diskussion klar herausgestellt — nicht auf unserer wirtschaftlichen Auffassung, nicht auf unserer Auffassung über die Voraussetzungen und Möglichkeiten des Sozialismus, sondern dieser Gegensatz beruht allein auf der verschiedenartigen Beurteilung der politischen Methoden. Wenn ich gesagt habe, daß diese Frage nicht mein Referat, sondern das des Genossen Sollmann betrifft, so sollte das natürlich nicht heißen, daß sie hier auf dem Parteitage überhaupt nicht diskutiert werden solle. Aber weil das an anderer Stelle geschehen soll, kann ich auch jetzt darauf nicht eingehen.

Zum Schluß möchte ich nur noch feststellen: Wo wir unsere großen Richtlinien aufstellen, sind wir uns deshalb einig, weil wir diese Richtlinien selber bestimmen können und in der Freiheit unseres Denkens nur dem eigenen Gewissen verantwortlich sind. Die Möglichkeiten der praktischen Politik hängen leider nicht von uns allein ab. Sie werden durch die Verteilung der politischen Macht bestimmt. Auf sie einzuwirken, ist selbstverständlich unsere dauernde Aufgabe. Und wir werden bei den nächsten Beratungsgegenständen darüber sprechen können, wie wir das anzufangen haben. Man soll sich aber nicht einbilden, daß wir die Massen für uns gewinnen können mit bloßen Parolen, an die wir ehrlicherweise selber nicht glauben können. (Sehr gut!) Es ist möglich, daß wir damit neue Anhänger gewinnen können, die für solche Parolen empfänglich sind. Aber daran darf uns nicht so viel liegen wie an den Massen, die wir heute haben, an dem besten Teile der Arbeiterschaft, den wir mit Parolenschusterei nur verjagen würden. Wir müssen unsere Organisation festigen, müssen sie durch Geschlossenheit und Disziplin zu einem noch stärkeren Anziehungspunkt machen wie bisher. Damit werden wir besser an die Massen herankommen können als mit falschen Parolen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abstimmung.

Die Anträge Nr. 12 und 14 werden der Forschungsstelle zur Prüfung überwiesen. Der Antrag Nr. 16 wird der Fraktion überwiesen.

Vorsitzender **Wels** teilt mit, daß die Antragsteller des Antrags Nr. 188 bereit seien, für die Resolution des Referenten zu stimmen, wenn der Antrag Nr. 188 abgelehnt werde.

Antrag Nr. 188 wird abgelehnt, Antrag Nr. 181 einstimmig angenommen, Antrag Nr. 191 abgelehnt.

Vorsitzender **Wels:** Am gestrigen Tage habe ich die Vertreter der verschiedenen Nationen begrüßt. Ich kann heute mitteilen, daß auch der Vertreter der Jüdischen Arbeiterpartei, Genosse Liebenstein, in unserer Mitte weilt. (Bravo!)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Verhandlungen. Ich schließe die Sitzung. Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

Dienstag, den 2. Juni 1931, 9 Uhr

Vorsitzender **Lipinski:** Ich eröffne die Sitzung. Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zum zweiten Punkt derselben:

Die Überwindung des Faschismus

Referent **Dr. Rudolf Breitscheid:** Ich muß mein Referat mit einer Warnung beginnen, der nämlich, daß Sie von mir nicht allzu viel erwarten sollen. Es ist besser, ich sage das vorher, damit Sie nachher nicht enttäuscht sind. Ich bin nämlich sowohl durch das vorangegangene Referat und die Diskussion wie durch meinen „Nachredner" eingeengt. Die Überwindung des Kapitalismus und seine Behandlung greift sehr tief in das Gebiet ein, über das ich mich verbreiten soll, da unsere Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen mit der Bekämpfung und Überwindung des Faschismus eng zusammenhängt. Genosse Sollmann wird die Aufgabe haben, aus meinen Darlegungen die praktischen Schlußfolgerungen für die unmittelbare Politik zu ziehen und den Nachweis zu erbringen, in welcher Art die Reichstagsfraktion im letzten Halbjahr den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen und durchgeführt hat. Außerdem steht der Faschismus seit Monaten im Vordergrund des Interesses der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, ihn zu bekämpfen. Wir haben durch Wort und Schrift versucht, seine Wesenheit unseren Anhängern und dem ganzen Volke darzustellen. Wir haben über die Möglichkeiten und die Mittel seiner Überwindung fortgesetzt diskutiert. Niemand in diesem Saale hat sich mit dem faschistischen Problem nicht auseinandergesetzt. Sie müssen sich daher damit abfinden, wenn ich Bekanntes und vielleicht oft Wiederholtes zusammenfasse und daneben noch versuche, den materiellen und geistigen Wurzeln der faschistischen Idee und der faschistischen Bewegung ganz allgemein etwas näher zu kommen.

Zunächst ist die Frage aufzuwerfen, was unter Faschismus verstanden werden soll. Wort und Begriff ist aus dem Italienischen übernommen worden, wo für die Bewegung, die die Bezeichnung deckt, il fascio, das Rutenbündel, der altrömischen Liktoren symbolisch geworden ist. Aber man hat angefangen, mit dem Wort etwas leichtfertig umzugehen und aus agitatorischen Gründen jede nach der bürgerlich-kapitalistischen Seite hin orientierte Abweichung von Geist und Wortlaut einer demokratischen Verfassung hiermit zu belegen. Das führt beispielsweise dazu, daß die Brüningsche Notverordnung, obwohl sie nur mit Zustimmung einer demokratisch gewählten Volksvertretung in Kraft bleiben kann, als Ausfluß faschistischen Geistes gebrandmarkt wird. Das führt dazu, daß selbst in einer Spezialisierung im Zusammenhang mit diesem Parteitag

ausgesprochen wurde, daß es keinen Unterschied zwischen Mussolini und Brüning gäbe.

Eine Verwässerung der Begriffe hat ihre Gefahr und ist geeignet, den Kampf gegen die wirkliche faschistische Reaktion nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren. (Sehr richtig!) Wir müssen zu der klaren Begriffsbestimmung zurückkehren, die ich dahin formuliere, daß Faschismus eine Staatsform ist oder die Bewegung zu einer Staatsform hin, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staate und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorrechtigten Minderheit zuerkennt.

Dabei braucht auf die äußere Form der Demokratie nicht vollständig verzichtet zu werden. Wir sehen in der Praxis, wie, um den Schein zu wahren, zu pseudo-parlamentarischen Mitteln gegriffen wird, die, wie zum Beispiel das italienische Parlament, mindestens ein Mitbestimmungsrecht sämtlicher Staatsbürger vortäuschen wollen. Und dadurch unterscheidet sich der Faschismus von der Diktatur im eigentlichen und engeren Sinne. Wenn man so will, stellt er insofern einen Fortschritt gegenüber der Despotie und der Diktatur dar, als er der Demokratie immerhin eine gewisse Reverenz erweist und sich mit dem Mäntelchen der Demokratie zu umhüllen sucht. Er erkennt auch nicht das Vorrecht der Geburt an, sondern legt sogar Wert auf den Nachweis, daß seine Machthaber aus allen Schichten des Volkes, nicht zuletzt aus den untersten Klassen hervorwachsen können. Und das bedeutet, daß der demokratische Gedanke, dessen Berechtigung der Faschismus theoretisch nicht zu bestreiten wagt, latent vorhanden bleibt und dadurch die größere Möglichkeit besitzt, sich wieder auf sich selber zu besinnen.

Aber die Begriffsbestimmung, wie ich sie soeben gegeben habe, hat doch, wie jeder erkennt, noch eine Lücke; sie bedarf der Ergänzung. So wie sie lautete, kann sie auch die Regierungsform umfassen, die man als die Diktatur des Proletariats bezeichnet. Auch in dieser Diktatur des Proletariats ist die Demokratie ausgeschaltet, auch in ihr ist die politische Willensbildung nicht der Gesamtheit der Staatsbürger, auch nicht etwa der Gesamtheit des Proletariats oder des zu einer Parteiorganisation zusammengefaßten Teiles des Proletariats vorhanden, auch in ihr herrscht tatsächlich eine privilegierte Minderheit. Von der staatsrechtlichen Wirkung aus gesehen, gibt es also keinen Unterschied zwischen Moskau und Rom. Wir können auch feststellen, daß die Regierungen Stalins und Mussolinis in verhältnismäßig guter Freundschaft miteinander leben, einer Freundschaft, die zum Teil darauf zurückzuführen sein mag, daß hier Regierungsformen bestehen, die im Grunde von derselben Idee, wenn auch mit einem anderen Vorzeichen, getragen sind. Die Differenz liegt nur in den Klassen, die auf der einen und der anderen Seite die Herrschenden stützen, und in der Zielsetzung. Während das Sowjetsystem die Demokratie im Namen der Arbeiterklasse bekämpft, wendet sich der Faschismus gegen die Demokratie — ausgesprochenermaßen oder nicht — im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus.

Nun wäre noch kurz darauf hinzuweisen, wie Tendenzen zum Faschismus hin in den verschiedenen Ländern bald stärker, bald schwächer vorhanden sind, wie die Bewegungen nicht überall gleichartig sind, wie es Spielarten und Nuancen gibt. Aber das Wesentliche ist doch festzustellen, daß das einheitliche Ziel das der Beseitigung der Demokratie und der Zurückweisung der Ansprüche einer klassenbewußten Arbeiterschaft ist.

Einheitlich ist auch die anerkennende Bewunderung des italienischen Vorbildes. In Italien sind die Ideen, die die Gegner der Demokratie, die Anhänger einer angeblichen Renaissance des politischen Lebens vortragen, verwirklicht, und wenn man auch gelegentlich, nicht zuletzt unter unseren Nationalsozialisten in Deutschland versichert, daß die Ordnung der Dinge, wie sie in dem südeuropäischen Staat vollzogen worden ist, nicht ohne weiteres und in allen ihren Teilen sich auf andere Länder übertragen lasse, wenn auch das faschistische Rutenbündel nicht allenthalben Symbol sein soll, so bleibt der Mussolinismus doch der Typ des neuen Staatswesens, das Modell, nach dem sich die anderen unter Berücksichtigung gewisser völkischer Eigenarten formen sollen.

Was aber den Nimbus dieses italienischen Ideals erhöht, das ist die Legende, das ist der Mythos, den man um das neue Italien und vor allem um seinen Duce, seinen Führer gewoben hat. Vielleicht ist es doch angebracht, angesichts dieser Tatsache zur Belehrung und Aufklärung des deutschen Volkes einmal kurz die italienische Entwicklung etwas näher ins Auge zu fassen und dabei die Wahrheit von den Schlacken frommer politischer Märchen zu reinigen.

Mussolini wird hingestellt als der Große, aus dessen Haupt der Gedanke der politischen und sittlichen Wiedergeburt seines Landes und seines Volkes entsprungen ist, der bewußt mit einem fertigen Programm klar und gradlinig, mit Mut seinem erhabenen Ziele zustrebte, und unter dessen Führung Italien wirtschaftlich wieder aufgerichtet und als Großmacht wieder hergestellt wurde. Daraus wird dann das Recht und die Pflicht zum Bruch mit der Demokratie ganz allgemein und zur Errichtung einer irgendwie gearteten faschistisch-diktatorischen Herrschaft abgeleitet. Alle Hohenzollernlegenden verblassen gegenüber dieser grandiosen Geschichtsfälschung. Wer das Leben und die politischen Handlungen des Sohnes des Schmiedes von Perugia verfolgt, der gelangt zu der Feststellung, daß die wesentlichste Triebkraft Mussolinis, sein hauptsächlicher Charakterzug, der unermeßliche Hunger nach persönlichem Einfluß und persönlicher Macht ist. Eine grenzenlose Ichsucht, ein ehrgeiziges Streben, das durch ehrliche Überzeugungen kaum behindert und durch moralische Erwägungen sicher nicht gehemmt ist. Mut und Entschlossenheit gewiß, aber auch diese beiden Tugenden mehr Pose als angeborene Eigenschaft.

Benito Mussolini hat einmal der italienischen sozialistischen Partei angehört, aber man kann ruhig aussprechen, daß er nie ein Sozialist gewesen ist. Er besaß weder sozialistisches Wissen, noch sozialistisches Wollen, und die Partei war nur für ihn das Fundament, von dem aus er seine egoistischen Ziele verwirklichen wollte. Ihm lagen die Ideen des französischen Syndikalisten George Sorel, des Verfechters der direkten Aktion, weit näher als der Marxismus, und die direkte Aktion sollte stets im wesentlichen nur ihm selber dienen. Außerdem war er in seiner Schweizer Emigrationszeit der Schüler des italienischen Staatsphilosophen Vilfredo Pareto geworden, eines Mannes, der nihilistisch alle Ideen des Rechtes und der Moral in der Politik leugnete und der lehrte, daß die Herrschaft im Staate immer von sogenannten Eliten ausgeübt werden müßte und daß diese Eliten Gruppen seien, die ohne Rücksicht auf Prinzipien stark und willenskräftig genug seien, die Macht zu erobern. In der sozialistischen Partei stand Mussolini auf der äußersten Linken und bekämpfte erbittert die Reformisten. Er war Revolutionär, aber vor allem Revolutionär des Wortes. Er haßte jede Autorität, die des Staates sowohl wie die der Religion und der Kirche. Als dann Italien den Tripoliskrieg gegen die Türken begann, war er der schärfste Gegner dieses Unternehmens. Als der Weltkrieg einsetzte, verfocht er mit Lebhaftigkeit die italienische Neutralität, um dann, wenige Monate später, der glühende Befürworter des Eingreifens Italiens an der Seite der Entente zu werden. Ob dieser Wechsel auf Bestechungen zurückzuführen ist, tut bei Mussolini verhältnismäßig wenig zur Sache. War es der Fall, so wird auch dadurch sein Charakterbild nicht wesentlich verändert.

Nach dem Kriege gab es zunächst ein unsicheres Tasten und Fühlen. Italien befand sich in einer schweren wirtschaftlichen Lage. Starke bolschewisierende Tendenzen machten sich in der Arbeiterbevölkerung geltend. Die nationalistische Bourgeoisie fühlte sich in ihren Kriegszielen durch die Alliierten betrogen, die heimkehrenden Soldaten waren voller Erbitterung gegen diejenigen, die zu Hause geblieben waren und aus dem Kriege finanziellen Nutzen gezogen

hatten. Auf welche Seite sich stellen? So lautete die Frage für Mussolini. Die Rückkehr zum Sozialismus, in dessen Reihen er zweifellos auf den äußersten linken Flügel getreten wäre, war ihm versperrt. So gründete er denn den Verband der Kriegsteilnehmer, die fasci di combattimento, die Urzelle der faschistischen Partei. Es gewährt ein außerordentliches Vergnügen, heute das Programm nachzulesen, das er am 23. März 1919 von diesen Faschisten annehmen ließ. Dieses Programm ist an demokratischem, an revolutionärem Radikalismus kaum zu übertreffen. Da wird verlangt eine konstituierende Versammlung, die die italienische Sektion der konstituierenden Versammlung der Völker werden soll. Ferner Proklamierung der Republik, Souveränität des Volkes auf Grund des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter, Abschaffung des Senats, aller Adelstitel und des obligatorischen Militärdienstes. Weiter internationale Abrüstung, Wahl der Behörden, Auflösung der GmbHs., der Banken, Konfiskation des produktiven Kapitals, Land für die Bauern und Übertragung der Leitung von Industrien an Syndikate von Technikern und Arbeitern. Wenn wir die nachherige Praxis mit diesen Theorien, mit diesem Programm von 1919 vergleichen, so genügt das schon, um das Wesen und die Wurzeln des Faschismus kennen zu lernen.

Interessant ist aber auch die Einleitung, die Mussolini selber zu diesem Programm gegeben hat. „Italiener", so kündigt er an, „hier ist das nationale Programm einer gesunden italienischen Bewegung. Revolutionär, weil antidogmatisch und antidemagogisch. Hervorragend neuerisch, weil auf alle Vorurteile verzichtend. Wir stellen die Wertung des revolutionären Krieges über alles und alle. Die anderen Probleme, die bürokratischen, administrativen, juristischen Probleme des Unterrichts und der Kolonien werden wir erwägen, wenn wir einmal die herrschende Klasse geworden sind." Diese Programmlosigkeit, diesen zynischen Opportunismus finden wir immer wieder bei dem Mann und bei der Bewegung. Bei dem Mann, dem seine deutschen Bewunderer und Anbeter Entschlossenheit und Zielklarheit nachrühmen. Beispielsweise auch zwei Jahre später. „Was der Faschismus will?" sagt Mussolini, „sagen wir es ohne falsche Bescheidenheit: er will die Nation regieren! Wir erlauben uns den Luxus, Aristokraten und Demokraten zu sein, konservativ und fortschrittlich, reaktionär und revolutionär (Heiterkeit), legal oder illegal, je nach Zeit, Ort, Umständen. Mit einem Wort: nach den historischen Begebenheiten, in denen wir zu leben und uns zu bewegen gezwungen sind. Der Faschismus ist nicht eine Kirche, er ist eher eine Turnhalle. Er ist nicht eine Partei, sondern eine Bewegung. Er hat nicht ein fix und fertiges Programm aus dem einfachen Grunde, weil der Faschismus Tag für Tag das Gebäude seines Willens und seiner Leidenschaft aufrichtet!" (Hört! Hört!) Der Vergleich mit Deutschland, der Vergleich mit der Programmlosigkeit der Nationalsozialisten, der Vergleich mit ihrem Wandel von der Legalität zur Illegalität und umgekehrt liegt auf der Hand. In der Praxis erbringt Mussolini den Beweis dafür, daß er sehr weit von dem Ideal des Ordnungsstifters entfernt ist, als den seine Bewunderer ihn hinstellen wollen. In einem Italien, das durch Krieg und Nachkriegsnot aufgewühlt ist, dessen Arbeiterschaft zerrissen ist, in dem eine schwache Regierung mit einem willenlosen Parlament arbeitet, in dem Streik auf Streik, Straßenunruhen auf Straßenunruhen folgen, ist Mussolini mit seiner einstweilen noch kleinen, aber sehr bunten Gefolgschaft immer auf der Seite der unruhigen Elemente. Als das erste Experiment der Fabrikbesetzung durch die italienischen Arbeiter gemacht wurde, stärkte er diesen Arbeitern den Rücken. „Der Bolschewismus", so ruft er aus, „würde uns nicht abschrecken, wenn er die Größe eines Volkes garantieren könnte", und in seinem Kampfe gegen die Staatsgewalt schreibt er noch im Jahre 1920 den lapidaren Satz: „Wir sind unbedingte Gegner jeder Diktatur."

Der Faschismus tritt erst als Ordnungsstifter und als Anbeter des Staatsgedankens auf, als die Arbeiterschaft den Kampf verloren hat und resigniert, als das Groß- und Kleinbürgertum wieder anfangen, ihr Haupt zu erheben. Jetzt wird er, der sich bis dahin in der Hauptsache auf die in das Proletariat hinabsinkenden Mittelstandsschichten gestützt hatte, die Sammelstätte der Bourgeoisie, der Kriegsgewinnler, der Handwerker, der Großgrundbesitzer, die den Landhunger ihrer Arbeiter nicht befriedigen wollen, d. h. aller derer, die sich an der Arbeiterschaft zu rächen entschlossen sind, obwohl sie schon zum Teil selber ins Proletariat hinabgesunken sind. Militärs, ehemalige und aktive Offiziere fangen an, in dem Faschismus eine große Rolle zu spielen, und helfen, die Banditenzüge, die Raub- und Mordkampagnen gegen die Häuser der organisierten Arbeiterschaft und gegen das Leben der Proletarier selber zu organisieren.

Mussolini persönlich zögert zunächst. Widerstrebt ihm diese offene Wendung zur Bourgeoisie hin oder will er warten, welchen Ausgang die Dinge nehmen? Als er mit 34 seiner Parteigenossen in das Parlament eingezogen ist, schwankt er noch; ja, er ist in diesem Moment bereit zu einer Verständigung mit den Sozialisten. Zeitweise spricht er davon, daß er sich von der Führung einer Partei, in der die Kriegstreiber und Kapitalisten das große Wort führen, zurückziehen wolle. Dann aber setzt er doch auf die Karte des gewandelten Faschismus, weil ihm keine andere Wahl mehr bleibt und weil er es nicht ertragen kann, von d'Annunzio aus seiner Rolle als Duce verdrängt zu werden. Der Führer folgt der veränderten Gefolgschaft; aber Vorsicht, wenn man will, Feigheit bestimmen doch immer wieder sein Handeln. Der Marsch auf Rom, der den faschistischen Triumph begründet, wird ohne ihn durchgeführt. Er bleibt in der kritischen Zeit in Mailand, um der Schweizer Grenze nahe zu sein, und er erscheint in Rom erst, als der Erfolg gesichert ist, der Sieg errungen ist dank der Feigheit des liberalen Bürgertums, dank der erbärmlichen Schwäche der italienischen Regierung und dank der Zersplitterung und Unentschlossenheit der italienischen Arbeiterschaft. (Zustimmung.)

Von jetzt an ist Mussolini endgültig der Mann der kapitalistischen Bourgeoisie. Er tröstet sich selbst über diesen Gesinnungswechsel hinweg mit der Versicherung, der Faschismus werde eine Synthese, eine Zusammenfassung zwischen den unzerstörbaren Thesen der liberalen Wirtschaftslehre und den neuen Kräften der Arbeiterwelt herstellen. Er wird dann später versuchen, der Öffentlichkeit den faschistischen Staat, aufgebaut auf unselbständigen, unter strengster Kontrolle der Regierung gehaltenen berufsständischen Organisationen, als diese Zusammenfassung schmackhaft zu machen. Er wird den Vernichtungsfeldzug gegen die freien Arbeiterorganisationen und ihre Führer, er wird den Mord an Matteotti mit seinem Glauben an den Wert der neuen Kräfte im Proletariat zu vereinbaren suchen. Er wird ein Parlament, zu dem das Volk nicht wählen darf, sondern zu dem die Kandidaten nur aus den unter Regierungsaufsicht von unfreien Korporationen aufgestellten Listen auswählen darf, als die letzte Vollendung des Liberalismus und der Demokratie preisen. Er wird die Unterdrückung jeder Presse-, Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit als Kennzeichen fortgeschrittenster Staatsphilosophie hinstellen; er wird die Ruhe des Kirchhofs, die er geschaffen hat, als Beweis für das Glück und die Zufriedenheit der Italiener anführen. Er wird es sich dabei gefallen lassen, wenn Schmeichler und Speichellecker innerhalb und außerhalb seines Landes ihm die eiserne Konsequenz eines großen, zielsicheren Staatsmannes nachrühmen und sein Leben und seine Geschichte verfälschen. Zunächst aber geht der Revolutionär und Republikaner zum König, nimmt aus seiner Hand die Ministerpräsidentschaft entgegen und begrüßt ihn mit den Worten, er, der die Monarchie abzuschaffen geschworen hatte: „Ich bringe Eurer Majestät das Italien, das sich neuen Siegen weiht, und bin Eurer Majestät getreuer Diener"! (Heiterkeit.)

Ich breche hier die Darstellung des Entwicklungsganges Mussolinis und der faschistischen Bewegung in Italien im Augenblick seiner Machtergreifung ab. Ich habe die Dinge etwas ausführlicher dargelegt, nicht nur, um Parallelen mit der äußeren Entwicklung in Deutschland ziehen zu können, sondern auch

um an dem italienischen Beispiel das Wesen und die Tendenzen des deutschen Nationalsozialismus zu erläutern. Ein Unterschied fällt zunächst in die Augen. Das ist die spätere Geburt oder jedenfalls das spätere Erstarken des deutschen Faschismus. Nicht als ob bei uns unmittelbar nach dem Kriege nicht ähnliche Vorbedingungen vorhanden gewesen wären wie in Italien. Das wirtschaftliche Elend war ebenso groß, an Empörung der Krieger über die Daheimgebliebenen, die sich, während die Soldaten ihr Blut vergossen, bereichern konnten, fehlte es nicht, und ebensowenig fehlte es an jenen deklassierten Existenzen, an den Menschen, die nach vier Jahren Krieg nicht wieder in das bürgerliche Leben zurückfanden, die Landsknechte waren und Landsknechte geblieben sind. Sie haben sich auch, wie wir zur Genüge wissen und erfahren haben, bemerkbar gemacht. Da gab es die Freikorps, da gab es allerhand mehr oder weniger geheime, auf Anwendung von Gewalt und auf den Sturz der Republik gerichtete Verbände. Auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist schon frühzeitig gegründet worden. Nur daß sie eben zunächst keine Rolle spielte! Die materiellen Voraussetzungen waren es nicht, die sie hinderten; aber es gab andere Umstände, wie beispielsweise die festere Organisation der alten Parteien, die sich nach dem Kriege, wenn auch unter neuen Namen, wieder zusammenfanden. Auch die größere politische Schulung, namentlich der Arbeiterklasse, war ein großes Hemmnis für das Erstarken einer faschistischen Bewegung. Dazu kam vielleicht auch die Neuheit der Demokratie in Deutschland. In Italien war der Parlamentarismus, wenigstens in seiner Form, schon lange vorhanden gewesen. Daß der italienische Parlamentarismus korrupt war und daß er nur eine dünne Hülle und Verschleierung der Diktatur einzelner Staatsmänner, wie beispielsweise Giolittis, darstellte, wußte jeder; Parteien in unserem Sinne existierten in Italien kaum. Die bürgerlichen Fraktionen waren Gefolgschaften einzelner Führer, die für sich und ihre Anhänger um Posten und Pfründe kämpften. Bei uns dagegen erwartete man viel, vielleicht zunächst zu viel von der demokratischen Staatsform. Man vergaß in weiten Kreisen, daß es nicht nur auf die Form, sondern auch auf den Inhalt ankam, und setzte Hoffnungen auf das veränderte Staatssystem, die sich zum mindesten in kurzer Frist nicht verwirklichen konnten. Das brachte Enttäuschungen, und als dann die große Wirtschaftskrisis eintrat, konnte auch bei uns der Faschismus seinen Weizen blühen sehen.

Das Elend der dauernden Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit des Erwerbs, die Verarmung breiter Schichten hat die Zahl seiner Anhänger gewaltig erstarken lassen. Der Hungernde, derjenige, der seine Existenzmöglichkeit schwinden sieht, hört gern auf Stimmen, die ihm in kürzester Zeit eine gründliche Besserung verheißen. Aber ebenso wie in Italien waren es außer dem Lumpenproletariat, dem Gesindel, den Mordbuben, die sich durch ihre Betätigung als gepriesene Prätorianer in einer politischen Partei wieder eine geachtete Stellung in der guten Gesellschaft zu erringen hofften, in der Hauptsache mittelständlerische Schichten, die dem Hakenkreuzbanner folgten: Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte usw. Diese Kategorien haben sich bei uns in Deutschland so gut wie niemals ernsthaft mit politischen und wirtschaftlichen Problemen beschäftigt. Sie sehen nur sich selbst und ihren engsten Interessenkreis. Theorien liegen ihnen fern, Programme sind für sie im besten Falle ein für die Wahlagitation bestimmtes Stück Papier. Einer solchen Geistes- und Gemütsverfassung entspricht natürlich eine Bewegung, die, ohne die Köpfe mit wissenschaftlichen Erwägungen zu belasten und ohne von Prinzipien zu reden, den schnellen Umschwung zum Besseren in Aussicht stellt. Sie konnte anknüpfen an die kleinbürgerlichen, mittelständlerischen Gruppierungen, die sich schon in der Vorkriegszeit gezeigt hatten. Was sie Neues brachte, war im wesentlichen die Lebhaftigkeit der Propaganda und die Romantik der Ziele sowohl wie der Methoden. Was ihr zum Vorteil gereichte, war das Anwachsen der Klasse, die durch die Entwicklung zum Großbetrieb und zum Monopolkapitalismus hin ihrer Selbständigkeit mehr und mehr verlustig geht, jener Klasse, die sich proletarisiert sieht und die doch die Proletarisierung fürchtet und sie abwenden möchte. Hinzu kam die Sucht nach dem Neuen. Die alten Parteien haben die Lage nicht zu verbessern vermocht; gut, dann versuchen wir es mit einer neuen Partei, die mit Ungestüm auftritt und die goldene Berge verheißt!

Freilich gab es da auch noch den Kommunismus. Aber er vermochte nicht dieselbe Anziehungskraft auszuüben, einmal, weil es auch ihm bisher nicht gelungen ist, einen Einfluß zu erringen, durch den die wirtschaftliche Situation von Grund aus gebessert werden könnte, vor allem aber, weil sich seine Agitation zu ausschließlich an das Proletariat im engsten Sinne wendet und weil die Zustände, wie sie in Rußland herrschen, in den Kreisen, die noch etwas zu verlieren haben oder verlieren zu können glauben, nicht propagandistisch für die KPD. wirken. Da wendet man sich eben dem Dritten Reich zu, dessen Propheten bei allen Klassen und Schichten die gleichen Hoffnungen und die gleichen Illusionen erwecken, die je nach Bedarf arbeiterfreundlich und unternehmerfreundlich tun, die je nach Bedarf die Kleinbauern und die Großgrundbesitzer in ihre Arme schließen und die im gleichen Atemzuge den Handwerker, den Kleinrentner, den Kriegsbeschädigten und den Angestellten ihrer ganz besonderen Sympathie versichern. Vorgespiegelt wird genau wie in Italien der klassenlose Staat, konstruiert wird ein Staatswesen im luftleeren Raum, in dem die diktatorische Leitung dafür sorgt, daß den Untertanen aller Kategorien das gleiche Genüge geschieht. Und damit hat man dann auch eine Plattform gefunden, von der aus sich gegen die marxistischen Klassenkampfparteien streiten läßt.

Aber daneben gibt es noch ein anderes. Zunächst einmal die verlogene Darstellung, als ob Deutschland seit dem Jahre 1919 marxistisch regiert worden sei und daß daher alle Not von der Sozialdemokratie verantwortet werden müßte. Was ist für diese Leute überhaupt Marxismus? Sie haben nicht nur von seinem Geiste, sondern auch von dem Inhalt seiner Lehre nicht einen Hauch verspürt. Marxismus ist ihnen alles, was ihnen zuwider ist. Marxismus ist ihnen die Republik, Marxismus ist ihnen die Demokratie, Marxismus ist ihnen alles, was sie benutzen zu können glauben, um gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren.

Nicht zuletzt aber wird zur Verstärkung der Agitation jener Seite das nationale Prinzip ins Treffen geführt, auch das ist in der Hauptsache eine Waffe im Kampfe gegen die internationale Sozialdemokratie, die schwächlich, feig und verräterisch die Interessen des deutschen Volkes preisgäbe. Dem Volk, das unter dem Vertrag von Versailles leidet, wird das Traumbild einer Wiederauferstehung zur alten militärischen Macht und Herrlichkeit vorgegaukelt, und es wird so getan, als ob seine Verwirklichung nur von dem nationalen Willen, von der Wehrhaftigkeit und von dem Kampf gegen den Pazifismus abhänge. Man stellt es dem Kleinbürger so dar, als ob Deutschland in der Lage sei, sich von der Welt abzuschließen und ohne Rücksicht auf sie Politik zu treiben. Die auswärtige Politik wird z. B. von einem der geistigen Führer des Nationalsozialismus, Herrn Alfred Rosenberg, als die „Auseinandersetzung seelisch-rassischer Menschen" hingestellt. Ein Verständnis für die wirtschaftlichen Voraussetzungen internationaler Konflikte fehlt vollständig. In diesen Anschauungen von Reinerhaltung der Rasse, nationaler Kultur, nationaler Wirtschaft, nationaler Ehre wird einer Erkenntnis bewußt oder unbewußt aus dem Wege gegangen, nämlich der, daß die Völker gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einem großen Organismus zusammengefaßt sind. Und wo man diese Beziehungen sieht, da sucht man sie auf die verhängnisvollen Einflüsse des Judentums zurückzuführen und hat mit dem Antisemitismus ein neues Lockmittel für die unter dem Bankkapital und dem hohen Zins seufzenden Mittelständler. Der Antisemitismus als Sozialismus des dummen Kerls ist hier in grandioser Weise aufs neue in die Erscheinung getreten.

Jede Politik der Verständigung wird selbstverständlich abgelehnt. Der einzige Weg, den es zur Verteidigung der nationalen Belange gibt, ist Gewalt. Der nationale Mythos verlangt immer von neuem Nahrung, neue Feinde, neue Angreifer. Es kommt dabei gar nicht so sehr darauf an, wer der Feind ist, sondern die Hauptsache ist, daß ein Feind da sei.

Dabei wird freilich Frankreich in den Vordergrund geschoben, und da entstehen dann Konstruktionen, nach denen es möglich sein soll, bald mit Italien, bald mit England, bald auch sogar mit Sowjetrußland im Bunde den „Erbfeind" niederzuwerfen. Diese Hervorkehrung des nationalen Prinzips dient dann auch dazu, die in das Proletariat hinabsinkenden Schichten von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Nicht nur, weil die Sozialdemokratie international ist, sondern auch, weil der Nationalismus eine der Banden ist, die diese Schichten noch an ihre Zugehörigkeit zur Bourgeoisie glauben lassen.

Ob die Hitlerianer und ihre Führer, zur Macht gekommen, die praktischen Konsequenzen aus ihren so laut vertretenen Ideen ziehen würden, ist zum mindesten zweifelhaft. Ich erinnere nur an den Briefwechsel, den Herr Hitler unmittelbar nach dem Wahlerfolge ausgerechnet mit Gustav Hervé geführt hat und der Zugeständnisse enthielt, die bei jedem Sozialdemokraten als schlimmster Landesverrat gebrandmarkt worden wären. (Sehr wahr!) Ich erinnere weiter nur an das Umbuhlen rechtsgerichteter englischer Kreise, das doch dadurch kaum gerechtfertigt werden kann, daß dabei der starke Wunsch nach finanziellen Subventionen mitspielt. Ich erinnere an die Stellung der Nationalsozialisten, als im Auswärtigen Ausschuß und im Plenum des Reichstags über kommunistische Anträge zur sofortigen Zerreißung des Youngplanes abgestimmt wurde. Ich erinnere daran, wie die Nationalsozialisten sich bei dieser Gelegenheit jeder positiven Stellungnahme enthielten.

Daß die größte Hoffnung immer wieder auf Italien gesetzt wird, ist selbstverständlich. Die Freunde der deutschen Rasse haben gegen die Unterdrückung des Deutschtums in Südtirol nichts einzuwenden, und trotz aller Enttäuschungen stellen sie immer wieder Mussolini, der immerhin viel zu klug ist, sich in leichtfertige Abenteuer einzulassen, als den Helfer und Retter des unterdrückten deutschen Volkes hin.

Nun, die Wirkung der programmatisch ganz unsicheren, auf den Instinkt gerichteten Agitation der Hitler-Leute, eine Agitation, die sich scheinbar mit gleicher Liebe an alle wendet, ist die sozial höchst bunte Zusammensetzung der Nationalsozialistischen Partei, in der vom thronsüchtigen Hohenzollernprinzen bis zum kriminellen Lumpenproletarier alles beieinander sitzt und auf Erfüllung seiner Spezialwünsche hofft, einer Partei, in der alles, was einmal Gegenstand notwendigster Auseinandersetzung werden kann, jeder Versuch, eine ins einzelne gehende Formulierung von Forderungen aufzustellen, zunächst ängstlich vermieden wird. Ja, sie hat ein Programm. Sie hat sich dieses Programm bereits im Jahre 1920 gegeben. Aber dieses Programm ist nichts als eine Zusammenstellung von hohlen und leeren Redensarten, von platten Allgemeinheiten, die noch dazu von jedem Anhänger der Partei ganz nach Belieben und Bedarf ausgelegt werden können. (Sehr richtig!) Dieses Programm wurde feierlich als für ewige Zeiten unabänderlich erklärt. Gleichzeitig wurde Herr Gottfried Feder als der einzige Betreuer, als der einzig berechtigte Ausleger dieses Programms bezeichnet. Wir haben von ihm, wir haben von anderen Anhängern der Nationalsozialistischen Partei die merkwürdigsten, die einander widersprechendsten Interpretationen jenes Programms vernommen, und zuletzt stehen wir einem Wirrwarr gegenüber, einem Chaos, einem Durcheinander, stehen gegenüber der vollendetsten Programmlosigkeit. Gerade diese Programmlosigkeit aber, mit der man sich gelegentlich noch besonders brüstet, wie es Mussolini auch getan hat, ist eines der Bindemittel für die heterogenen Bestandteile der Partei. Von einer Partei, die sich durch kein Programm festgelegt hat, kann jeder alles erwarten, wenigstens solange sie nicht in irgendeiner Verantwortung sitzt.

Dazu kommt dann der militärisch-diktatorische Aufbau der Partei. Ein Mann ist an die Spitze gestellt, der künstlich mit dem Mythos der politischen Unfehlbarkeit umgeben wird und der unbedingten Gehorsam braucht. Die Disziplin, die auf diese Weise hergestellt wird, ist der Sympathien aller derer gewiß, für die politisches Denken und eigene politische Urteilsbildung eine grausame Anstrengung bedeutet. (Sehr gut!) Es ist die Geistesträgheit und die Feigheit weiter Teile des Bürgertums, die sie aus der Verantwortlichkeit und der selbständigen Betätigung der Demokratie in die Diktatur flüchten läßt. (Zustimmung.)

Dabei erlasse man es mir, Vergleiche zwischen Hitler und Mussolini zu ziehen. Nur den einen Satz will ich aussprechen: Mussolini ist kein Charakter, aber ein Talent der Charakterlosigkeit; Hitler ist nicht einmal das! (Heiterkeit und Zustimmung.) Er hat nur seinem großen Vorbild abgeguckt, wie er sich räuspert und wie er spuckt. (Erneute Heiterkeit und Zustimmung.) Die Bereitwilligkeit zur Unterwerfung unter ihn wird aber noch verstärkt, weil die, die unter das Joch kriechen, sich eben für jene Elite halten, die die Hoffnung hegen darf, auf der hierarchischen Stufenleiter des Faschismus hohe Sprossen zu erklimmen.

Aber wir müssen gerecht sein. Es gibt trotz allem innerhalb des Faschismus auch so etwas wie eine Ideologie. Es gibt, wenn auch nicht in der Masse der Mitläufer, so doch zum mindesten in einem Teile seines Kerns, geistige und philosophische Triebkräfte. (Sehr wahr!) Sie sind bestimmt durch die starke Abwendung der letzten Jahrzehnte von dem sogenannten philosophischen Positivismus, d. h. jener Lehre, die nur die Existenz dessen zugestehen will, was mit Händen zu greifen und nach ewigen Gesetzen zu errechnen ist. Wir können hier nicht in eine Kritik eintreten. Aber Tatsache ist jedenfalls, daß sich gegen diese Lehre eine Reaktion bemerkbar gemacht hat, die das Rechnerische, Zahlenmäßige und Gesetzmäßige verachtet, die die Kraft des persönlichen Wollens betont und bei der eben der Mythos, das Irrationale eine große Rolle spielt. Diesen Elementen kommt die Romantik und die Programmlosigkeit des Faschismus entgegen. Sie erblicken in ihm eine Erlösung aus der Nüchternheit des grauen, auf Kalkulationen aufgebauten Alltags. Sie stürzen sich in ihn wie in eine erfrischende Flut.

Doch mit Philosophie sind keine Massen zu gewinnen. Die Massen verlangen Greifbareres; sie verlangen Zielsetzungen, unter denen sie sich etwas vorstellen können. Man muß ein Aushängeschild haben, und dafür wählt man das bewährte Aushängeschild des Sozialismus, wohl wissend, daß es nicht nur bei den Schichten wirkt, die klassenbewußte Proletarier sind, sondern daß es auch für diejenigen eine Hoffnung bedeutet, die den kapitalistischen Boden unter ihren Füßen schwinden fühlen, für alle Schichten, die dank der wirtschaftlichen Entwicklung ins Proletariat hinabsinken, die sich mit Händen und Füßen noch gegen diese Entwicklung sträuben, die aber das dumpfe Empfinden haben: es ist der Kapitalismus, der für unsere Not, für unser Elend die Verantwortung trägt. Genosse Tarnow sagte gestern: diese Leute haben schon gelernt, dem Kapitalismus zu fluchen, sie haben aber noch nicht gelernt, zum Marxismus zu beten. Gewiß nicht, weil sie weder den Kapitalismus noch den Sozialismus kennen und wissenschaftlich erfaßt haben, sondern weil sie einstweilen nur durch Gefühle, durch Sentiments bestimmt sind.

Aber natürlich ist dieser von den Nationalsozialisten plakatierte Sozialismus eine Lüge. Denn wenn man ihn ernst nehmen wollte, wäre die Scheidewand zum Marxismus gefallen. Wo bliebe dann der Zuzug aus den mittelständlerischen Kreisen, für die wirklich der Sozialismus immer noch ein unerträglicher Gedanke ist? Nein, wir können es anerkennen, daß eine Partei, die im Grunde ihres Wesens so reaktionär ist, es heute für nötig hält, sich ein sozialistisches Aushänge-

schild zu geben. Das beweist, daß zuletzt doch der Gedanke des Sozialismus marschiert, daß sich das Laster genötigt sieht, eine Verbeugung vor der Tugend zu machen. (Sehr richtig!) Das beweist, daß wir mit dem Sozialismus sehr viel weiter gekommen sind, als sehr viele von uns selbst geglaubt und vermutet haben.

Ich kann es mir ersparen, nochmals eine Darlegung der sogenannten sozialistischen Teile des nationalsozialistischen Programms, der sozialen und der wirtschaftlichen Forderungen zu geben. Darüber ist bei uns in den letzten Monaten zur Genüge gesprochen worden. Wir stellen fest, daß sein Sozialismus in ein paar dürftigen Redensarten zusammengefaßt ist, daß einerseits von Herrn Feder als dem berufenen Ausleger des Programms die Abschaffung der Zinsknechtschaft als die endgültige Lösung der sozialen Frage bezeichnet wird, anderseits von demselben Mann die Verbesserung der Altersversicherung ebenfalls als die Lösung der sozialen Frage erklärt wird. Was wollen solche Redensarten besagen? Herr Reupke, einer der Anhänger des Nationalsozialismus, der sich mit dem wirtschaftlichen Programm näher befaßt hat, erklärt den Sozialismus dahin, daß der Marxismus die edle und ursprüngliche Bedeutung des Wortes Sozialismus verfälscht und für seine Zwecke ausgebeutet habe. Sozialismus, sagt er, ist eine Bezeichnung, die nichts anderes besagen wollte als Gemeinschaftsgeist und Wirken für die Gesamtheit. Der deutsche Sozialismus will die ursprüngliche Bedeutung wiederherstellen und setzt für den Internationalismus der Marxisten den nationalen Gedanken, für die materialistische Weltanschauung den deutschen Idealismus, für den Klassenkampf die Harmonie der Stände, für den Kollektivismus die organisch in das Volksganze eingegliederte Persönlichkeit, für den Gleichheitsgedanken das aristokratische Prinzip. Damit ist der Sozialismus jener, die uns die Verfälschung des sozialistischen Gedankens nachsagen, zur Genüge erklärt.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Sozialismus und diese wirtschaftspolitischen Ideen nicht imstande waren, jene Massen, die sich zum Marxismus bekannt haben und von seinem Geist durchdrungen waren, zum Hakenkreuz hinüberzuziehen. Die marxistische Front wurde durch den Anspruch der Nationalsozialisten nicht erschüttert, es traten dort nur gewisse Verschiebungen ein, die nur indirekt auf das Auftreten der Nationalsozialisten zurückzuführen waren, insofern nämlich, als die Sozialdemokraten eine unpopuläre Politik treiben mußten. Im wesentlichen hat Herr Hitler mit seinen Scharen nur die bürgerlichen Parteien erschüttert, denen er die Stimmen jener Wähler entriß, die klassenmäßig nie zu ihnen gehört hatten oder zu ihnen zu gehören aufhörten und denen ein Verständnis für die Gefahren des Kapitalismus zu dämmern begonnen hat.

Die klassenbewußten Arbeiter konnten auch durch das staatspolitische Programm der Nationalsozialisten nicht gewonnen werden. Auch auf diesem Gebiet keine Einheitlichkeit, ein wildes Durcheinander! Der eine fordert einen Senat, der andere ein berufsständisches Parlament, der dritte einen Diktator schlechthin, der allein, höchstens beraten von den sogenannten Besten der Nation, die Geschicke des Volkes zu bestimmen hat. Wenn man uns auf Italien verweist, — ja, haben wir dort eine Staatsform, die irgendeinen Arbeiter befriedigen könnte?! Zunächst die Zerstörung der Gewerkschaften, die absolute Unfreiheit auf allen Gebieten, auf denen die Demokratie für das Proletariat Rechte erobert hat, ein angeblich berufsständischer Staat, der es nicht einmal ist, sondern der auf einer Reihe von Korporationen erbaut ist, die nebeneinander aufgebaut sind, die sich in Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen, von der faschistischen Regierung kontrolliert sind und untereinander und in ihrer Spitze durch eine Querverbindung verbunden sind, die ausschließlich aus Beamten, aus Sekretären des faschistischen Staates besteht, — in Wirklichkeit der Wille Mussolinis, der zuletzt und einzig allein ausschlaggebend ist, in Wirklichkeit kein Wahlrecht! Denn diese Korporationen legen den Wählern eine Liste von 1000 Namen vor, aus denen die Wähler 400 aussuchen und für sie stimmen können. In Wirklichkeit

hat Mussolini 1919 verkündet: Gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen und hat die Frauen aus den politischen Rechten vollständig ausgeschaltet, — auch in dieser Beziehung Vorbild für die deutschen Nationalsozialisten, die die Frau in gänzlichem Rückfall in romantische Betrachtungsweisen als die Zierde des Lebens und die Schönheitsbringerin für den Mann hinstellen, die sie aber jeden politischen Rechtes und Anspruchs entkleiden wollen.

Wenn sich jemand noch genauer über das faschistische Staatswesen und seine Anwendbarkeit auf Deutschland unterrichten will, dem empfehle ich die Broschüre, die der Freund Hugenbergs, Professor Ludwig Bernhard, vor kurzem über den Staatsgedanken des Faschismus geschrieben hat. Es gibt merkwürdigerweise kaum eine schärfere Kritik des faschistischen Staatsgedankens als die dieses wissenschaftlichen Helfers des Herrn Hugenberg.

Wie gesagt, Genossen, die sozialistischen und wirtschaftspolitischen Programmpunkte und die staatspolitischen Perspektiven sind alles keine Dinge, die einem zum Klassenbewußtsein erwachten und einigermaßen geschulten Proletarier die Partei des Herrn Hitler verlockend erscheinen lassen können. Wenn man dem deutschen Arbeiter sowohl den Verzicht auf sein politisches Selbstbestimmungsrecht wie auf die Freiheit seiner gewerkschaftlichen Organisation zumutet, so wird er sich bedanken. Dessen sind sich die Führer der Hitlerpartei auch bewußt, und sie erkennen, daß sie auf die Dauer weder durch eine zu starke Betonung des Charakters ihrer Bewegung als einer Arbeiterbewegung noch auch durch das Festhalten an nebelhaften Formulierungen sich über Wasser halten können. Sie suchen, wenn auch vorsichtig, so doch mit vollem Bewußtsein, den Anschluß an die kapitalistische Klasse und geben sich dabei höchstens der Hoffnung hin, daß die Massen ihre Wendung nicht ohne weiteres erkennen, oder sich immer noch mit Hilfe der nationalen Phrase bei der Stange halten lassen.

Diejenigen Schichten, die erst durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit proletarisiert sind oder zu werden drohen, sind, wie die nationalsozialistischen Führer wohl mit gewissem Recht erwarten, fürs erste ihnen noch sicherer als, wenn man sie so nennen will, die Altproletarier.

Eine Reihe von sehr deutlichen Anzeichen weisen auf den Umschwung hin, der sich von dem Mussolinis in den Jahren 1921 und 1922 insofern unterscheidet, als Mussolini, soweit bei ihm von Ehrlichkeit überhaupt die Rede sein konnte, zeitweise ehrlich an die proletarische Natur seines Faschismus gedacht hat, während für den größten Teil der leitenden Männer im deutschen Nationalsozialismus Proletariertum und Sozialismus nie viel mehr gewesen ist als Stimmenfang einerseits und Erpressungsmittel anderseits. Die Herren wären bereit gewesen, schon unmittelbar nach den Wahlen vom 14. September mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien gemeinsam gegen die Arbeiterschaft zu gehen und die Brücken zu betreten, die ihnen nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Deutsche Volkspartei und ein Teil des Zentrums zu bauen entschlossen gewesen sind. Grundsätze haben sie nicht an dem Betreten dieses Weges gehindert, nur fürchteten sie damals von einem plötzlichen Entschluß unerfreuliche Rückschläge für ihre Bewegung. Sie wollten die Macht, die sie in sicherer, nächster Aussicht glaubten, mit niemand teilen und vertrauten auf die gewaltsame Eroberung des Staates, nach deren Durchführung sich über alles andere reden lassen könnte, und die ihnen gleichzeitig erlauben würde, widerstrebende und aufsässige Elemente in den eigenen Reihen mit Pöstchen od r dergleichen umzustimmen oder mit der Hoffnung auf solche Zuwendungen zu ködern.

In ihrem Übermut stellten sie deshalb Forderungen, die von den Verhandlungspartnern nicht erfüllt werden konnten. Vor allen Dingen wurde das Zusammengehen der Bürgerlichen mit ihnen durch die Abwehrpolitik, zu der sich die Sozialdemokratie entschloß, aufs äußerste erschwert. Aber gerade die Unterstützung, die die Sozialdemokratie einer bürgerlichen Regierung gewährte, und die diese sich gefallen ließ, veranlaßte den Nationalsozialismus zunächst nochmals

in seiner Agitation zu einer starken Hervorkehrung antikapitalistischer und antibürgerlicher Tendenzen. Er griff die Sozialdemokratie wegen ihres Verrates von Grundsätzen an und stürmte gegen die Regierungsparteien los, weil sie sich in Abhängigkeit von Leuten begeben hätte, die ihre Grundsätze preisgegeben haben. Dabei richtete man die Schärfe seines Schwertes namentlich auch gegen das Zentrum, die sogenannten schwarzen Marxisten, und machte auch vor der katholischen Kirche nicht halt.

Es wäre zuviel gesagt, wenn man behaupten wollte, daß alle diese Angriffe ohne weiteres alle bürgerlichen Parteien abgeschreckt hätten. Die Deutsche Volkspartei, die auch in Thüringen mit Frick auf einer Regierungsbank saß, hat sehr lange die Phrase von den wertvollen nationalen Kräften in der Hitlerpartei wiederholt, und nur die Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen eines Bürgerkriegs, der bei den kaum verhüllten nationalsozialistischen Aufrufen zur Illegalität unvermeidlich gewesen wäre, und der starke Gegensatz, in den der Katholizismus zur Hitlerbewegung geraten war, haben die Partei des Herrn Scholz und Dingeldey auf ihre staatsretterischen Pläne vorläufig verzichten lassen.

Aber wohl gemerkt, alle diese Kreise haben an den sozialistischen Tiraden der Hitlerianer niemals Anstoß genommen. So sind im Hansabund gelegentlich Referate gehalten worden, in denen die Übereinstimmung der nationalsozialistischen Forderungen mit denen des Marxismus dargetan wurde. Aber die maßgebenden kapitalistischen Kreise haben das nie sonderlich ernst genommen. Sie sahen und sehen genau wie ihre italienischen Klassengenossen in dieser Bewegung doch immer noch eine Waffe gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, eine Helferin gegen die staats- und sozialpolitischen Ansprüche der Arbeiterschaft. Höchstens werden sie dadurch enttäuscht sein, daß die neue Partei bei den Wahlen dem Bürgertum und nicht dem Marxismus Abbruch tut.

Aber schließlich spielen Wahlresultate keine Rolle mehr, wenn es gelingen sollte, den Parlamentarismus und die Demokratie zu überwinden.

In jedem Fall aber hat die Praxis der Nationalsozialisten im vergangenen Winter mit einem Mißerfolg geendet. Ihr Auszug aus dem Reichstag war im Grunde genommen nur der Ausdruck dieses Fiaskos. Zu gleicher Zeit natürlich war er ein Schritt, der sozusagen gewaltsam eine Lösung in ihrem Sinne herbeiführen sollte. Sie erwarteten unüberwindliche Schwierigkeiten, die sich aus dem falschen Mehrheitsverhältnis im Parlament ergeben müßten, rechneten mit einem Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokratie, die nun zusammen mit den Kommunisten über eine scheinbare Mehrheit im Reichstag verfügten. Oder sie rechneten mit dem völligen inneren Zusammenbruch der Sozialdemokratie für den Fall, daß diese die scheinbare Mehrheit nicht ausnutzte. Die Sozialdemokratische Partei und die Reichstagsfraktion aber haben sich nicht verleiten lassen, das Spiel ihrer Gegner zu spielen. Gewiß haben wir neue und schwere Opfer auf uns nehmen müssen. Wir haben aber verhindert, daß nach dem Wunsch der Rechten das Parlament arbeitsunfähig wurde und die Feinde des Parlamentarismus damit zu ihrem Ziele kamen. (Sehr richtig!)

Das bedeutet aber, daß sich die Hitlerpartei jetzt ernsthaft die Frage vorlegen muß, ob sie auf dem alten Weg weiter schreiten kann, und daß sie sowohl ihre Stellung zum Kapitalismus und seinen Parteien wie ihre Kampfmethoden einer Revision unterziehen muß.

In bezug auf die Kampfmethoden häufen sich jetzt die Legalitätsbeteuerungen. Hier in Leipzig hat Herr Hitler den ersten Schwur auf die Legalität feierlich abgelegt. Diese Legalitätsbeteuerungen sind wahrhaftig nicht sehr ernst zu nehmen. Wenn man von Herrn Goebbels hört, die Partei sei eben zur Legalität gezwungen, so weiß man, daß sie zur Illegalität in demselben Augenblick zurückkehren wird, in dem sich der Zwang etwas lockern sollte. Aber das Bekenntnis zum gesetzmäßigen Vorgehen ist nur Mittel zum Zweck, die äußeren Hindernisse für ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen zu beseitigen. Daß innere Hindernisse nicht bestehen oder jedenfalls nicht maßgebend sind, beweisen die zahlreichen Besprechungen, die führende Persönlichkeiten der Partei in den verschiedensten Gegenden Deutschlands mit Kapitalisten gehabt haben, und wie sie eben erst wieder die Konferenz des Herrn Feder mit Augsburger Unternehmern auf die Beseitigung kapitalistischer Befürchtungen hinauslaufen.

Aber wir brauchen uns ja nur an die Inhaltlosigkeit der sogenannten sozialistischen Programmforderungen zu erinnern, und schließlich uns nur die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß die Nationalsozialisten mit Hugenberg zu den denkbar weitestgehenden Vereinbarungen gelangt sind. Wen seine Arbeiterfreundlichkeit nicht an einer Verständigung mit den Deutschnationalen hindert und wer die kleinen Bauern und Landarbeiter den deutschnationalen Großgrundbesitzern zu opfern bereit ist, dem wird es keine Schwierigkeiten machen, zu einem Bündnis mit den übrigen kapitalistischen Gruppen zu gelangen, unter der einen Voraussetzung natürlich, daß diese ihrerseits zu einer Allianz bereit sind.

Wir brauchen nur auf die große Zweifelsfrage hinzuweisen, von wem eigentlich die Nationalsozialisten finanziert werden (Sehr richtig!), ein Gebiet, über dem noch sehr viel Dunkel lagert, über das nur Gerüchte gehen und Verlautbarungen, die sich nicht immer nachkontrollieren lassen. Fest steht aber für jeden, der Parteiorganisationen kennt, daß eine Bewegung wie die nationalsozialistische nicht aus sich selbst finanziert werden kann. (Lebhafter Beifall.) Hier sind Quellen vorhanden, und wo sollten wir sie anders suchen als bei dem Teil des deutschen Großkapitalistentums, weil eben dieses Großkapitalistentum hofft, irgendwann die nationalsozialistische Bewegung gegen die Arbeiterschaft verwerten zu können. (Zuruf.) Wie weit das Geld von Italien kommt — mancherlei spricht dafür —, wir wissen es nicht. Ich glaube auch, daß es wesentlicher für uns wäre, sicher feststellen zu können, wer es unter den deutschen Kapitalisten ist, der Hitler die Subvention für seine Bewegung zuweist. (Sehr richtig!)

Je größer die Aussichten auf eine Verständigung mit der kapitalistischen Klasse werden, um so bereitwilliger werden die Nationalsozialisten auch sein, auf alle Formeln zu verzichten, an denen das Unternehmertum heute noch Anstoß nehmen kann. Man spricht ja auch bereits in ihren Reihen von einem neuen Wirtschaftsprogramm, wenige Monate nachdem Herr Frick in einer Rede zu Kassel seiner großen Genugtuung über das Fehlen eines Wirtschaftsprogramms bei einer Partei, die nur idealistisch eingestellt sei, Ausdruck gegeben hat, und wenn bei dem Programm der schon erwähnte Hans Reupke mit seinen Ansichten über die Notwendigkeit eines weitgehenden Abbaus der sozialen Versicherung maßgebend ist, dann werden auch die letzten Widerstände der anderen Seite schon zu überwinden sein. In diesem Fall wird wohl auch von den für den Mittelstand berechneten törichten Phantasien über Beseitigung der Zinsknechtschaft usw. nicht viel übrig bleiben, denn der Kapitalismus kann mit ihnen nichts anfangen. Und schließlich wird man sich auch bereit finden, alle antikirchlichen und antikatholischen Ketzereien abzuschwören, um seinen Frieden mit dem Zentrum zu machen. Der Abgeordnete Göhring hat zu diesem Zweck ja bereits einen Bittgang nach Rom gemacht, und warum sollte ihm und seinen Freunden nicht möglich sein, was Mussolini fertiggebracht hat. Mussolini versicherte 1920, daß er sich mit den Schmähungen der Pfaffen wie mit einem wohlduftenden Blumenkranz schmücke. Er nannte im selben Jahre die Religion einen Unsinn, eine Unsittlichkeit und eine Krankheit, und er schloß dann doch einige Jahre später den Lateranvertrag mit der päpstlichen Kurie und rief 1929 aus: „Für den Faschismus ist die Religion eine Notwendigkeit, nur sie bietet Garantie für die vollkommene Sittlichkeit."

Ich sage nicht, daß die nationalsozialistische Verbrüderung mit dem Kapitalismus unmittelbar bevorsteht. Ich weise nur auf die Tendenzen hin, die wir nicht außer acht lassen dürfen, und die ja schließlich auch in den national-

sozialistischen Reihen selber erkannt werden. Die Rebellion der Stennesleute hängt damit zusammen. Gewiß mag es sich dabei in der Hauptsache um die gegenseitigen Eifersüchteleien von Offizieren handeln, aber Herr Stennes konnte doch, um Anhänger zu gewinnen, auf die Abwendung Hitlers vom Sozialismus und Revolutionarismus hinweisen.

*

Welche Schlußfolgerungen haben nun aber wir Sozialdemokraten aus solchen Erscheinungen und solchen Bestrebungen zu ziehen und was bedeuten sie für eine Möglichkeit der Überwindung des deutschen Faschismus? Oder anders formuliert, erhöhen sie oder verringern sie die Gefahr, die von ihm droht?

Wir wollen uns vor der Annahme hüten, als könne die ausgesprochene Hinwendung zum Kapitalismus und das Lippenbekenntnis zur Legalität für die Partei sofort eine starke Erschütterung oder sogar ihre Auflösung bedeuten. Das wird um so weniger dann eintreten, wenn diese Wendung zugleich eine Wendung zur Macht hin ist. Von dem lumpenproletarischen Prätorianertum ganz abgesehen, wird sie fürs erste alle diejenigen nicht verlieren, die von der zu Macht und politischem Einfluß gelangten Partei persönliche Vorteile erhoffen, besonders wenn die Macht auf Preußen ausgedehnt werden soll.

Wir kennen das aus eigener Erfahrung. Als im Jahre 1918 der Sozialismus zur Herrschaft zu kommen schien, strömten uns Anhänger in größerer Zahl zu. Die Konjunktur war uns günstig. Zahlreiche von diesen neuen Jüngern haben uns wieder verlassen, weil wir ihre Ansprüche nicht befriedigen konnten oder wollten. Ähnlich kann es auch den Nationalsozialisten gehen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß sie bei der Begünstigung ihrer Anhänger weniger skrupelvoll sein werden als wir (Sehr richtig!), denn sie verabscheuen nur den Parteibuchbeamten, der nicht über das Buch ihrer Partei verfügt. Aber weiter ist nicht außer acht zu lassen, daß unter der Zahl ihrer Wähler und Anhänger sehr viele sind, bei denen das antikapitalistische Gefühl zwar vorhanden, aber doch noch sehr unvollkommen ausgebildet ist. Was sie zur Partei geführt hat und bei ihr hält, das sind doch andere Gründe.

Und hier möchte ich insbesondere der Jugend Erwähnung tun. Der Jugend aus den Kreisen des Bürgertums und aus den neuen und leider zum Teil auch aus den alten proletarischen Schichten. Wir haben vorgestern den gewaltigen Aufmarsch der Sozialistischen Jugend gesehen. Wir sind stolz auf diese Demonstration. Aber, Genossen, wir wollen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sehr viel Jugend aus mancherlei Schichten gerade auch im nationalsozialistischen Lager steht.

Woher rührt die Anziehungskraft der Nationalsozialisten auf die Jugend? Machen wir uns klar, daß die Jugend zwar ebenso wie die ältere Generation klassenmäßig gebunden ist, sich aber in geringerem Maße als diese klassenmäßig gebunden fühlt. Nur der Teil, der in seine Klasse nicht nur hineingeboren ist, sondern auch die Unmöglichkeit des Entweichens aus ihr oder des Absinkens von ihr erkennt, mag einen politischen Standpunkt einnehmen, der seinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen entspricht. Aber auch für ihn ist das rechtzeitige Begreifen dieser Interessen nicht immer leicht. Und wenn er überhaupt einen politischen Anschluß und eine politische Betätigung sucht, so werden andere Motive bei ihm in hohem Grade mitbestimmend sein.

Vergegenwärtigen wir uns nun einmal die Situation der deutschen Jugend in der Nachkriegszeit. Sie ist durch den Krieg selbst und die Wirrnisse, die ihm folgten, in das politische Getriebe hineingezogen worden. Der Krieg und die wirtschaftliche Not haben nicht dazu beigetragen, die Ruhe und die Vernunft ihres Urteils zu stärken. Diese Dinge haben auf sie aufwühlend und auch zum Teil verrohend gewirkt. Vier Jahre lang ist die Gewalt angepriesen und angebetet worden, und man konnte nicht erwarten, daß gerade bei der Jugend

nach dem Kriege die Idee der Gewalt als Mittel der Politik ihre Bedeutung verlieren würde. Hier aber bot die Hitler-Bewegung die stärksten Möglichkeiten. Sie verkündet Gewalt als höchste politische Moral, sie organisiert sie in ihren SA.-Organisationen.

Aber auch wenn wir von diesem Moment absehen, so gibt es bei ihr noch andere Anreize. Der Jugend wohnt von Hause aus eine gewisse Abneigung gegen alles Rationale und zahlenmäßig zu Erfassende inne. Und diese Stimmung ist bei den sogenannten gebildeten Schichten verstärkt worden durch die Abkehr der Philosophie von dem Positivismus, d. h. von dem Greifbaren und nach allgemeinen Gesetzen zu Erkennenden und zu Regelnden, zu dem Irrationalen, dem nicht oder nicht ausschließlich mit Vernunft zu Erfassenden, zum Romantischen. Die Jugend hört gern auf diejenigen, die auseinandersetzen, daß die Gesetze des Wirtschaftslebens nicht unabänderlich seien, und daß es nur des Willens bedürfe, um sie zu beeinflussen. Sie verspotten und verhöhnen den Verstand der Älteren, sie lassen sich gern einreden, daß ihr Wille genüge, um eine neue Zeit heraufzubeschwören. Die Jugend glaubt, daß sie die „Elite" darstelle, die mit dem alten Wust aufzuräumen berufen sei. Sie interessiert sich wenig für Einzelheiten, sie langweilt sich bei Auseinandersetzungen über die parlamentarische Arbeit an einzelnen Gesetzen und Paragraphen, sie hält es für unwürdig und verfehlt, daß im demokratisch-parlamentarischen System Regierungen mit dem Rechenstift in der Hand gebildet werden, sie hat viel Sympathien für den starken Mann, und diese Verehrung für den Prominenten ist nicht zuletzt auf dem Boden der weitgehenden Betätigung auf sportlichen Gebieten aufgewachsen. Die Jugend verabscheut die nüchterne politische Tagesarbeit, sie ist leicht einzufangen durch äußerliche Aufmachungen, oder sagen wir durch Rummel und Brimborium.

Diesen Instinkten kommt der Nationalsozialismus sehr weit entgegen. Und nicht nur das. Er schmeichelt der Jugend, indem er sie als den eigentlichen Träger aller zur Erneuerung Deutschlands führenden Ideen hinstellt. Er folgt darin seinem italienischen Vorbild. Die Hymnen des italienischen Faschismus beziehen sich vor allem auf die Jugend. Die faschistische Avanguardia ist als diejenige Schicht bezeichnet, aus der bei entsprechender politischer Haltung und Gesinnung nicht nur Funktionäre der Partei, sondern auch Funktionäre des Staates genommen werden. Nicht Tüchtigkeit ist maßgebend, sondern Gesinnung und ihre Betätigung, und solche Aussichten sind natürlich in hohem Maße geeignet, die Jugend an eine derartige Partei zu binden.

Nehmen wir, Genossen, die Erziehung hinzu, die den jungen Menschen auf unseren Schulen und auf unseren Universitäten zuteil wird! (Zustimmung) Da sitzen die Lehrer und die Professoren, die zum weitaus größten Teil den Respekt und die Verehrung für das Alte und Gewesene nähren und die das Neue, die Demokratie und die Republik, als minderwertig spöttisch behandeln. Sie tragen die Geschichte der „großen Männer" vor, die allein die Welt geformt hätten. Sie reden vom Führertum, aber nicht vom Volk. Sie erkennen nicht, daß die Verhältnisse der heutigen Zeit sich nicht mit der Epoche der römischen Cäsaren vergleichen lassen. Daher kommt es denn, daß namentlich unsere jungen Akademiker in sehr hohem Prozentsatz dem Hitlertum anheimgefallen sind. Außerdem rekrutieren sich ja diese Akademiker in hohem Maße aus den Schichten, die aus den eigentlichen bürgerlichen Klassen absinken oder abzusinken drohen. Sie sehen insbesondere bei der Überfüllung der akademischen Berufe, — die zum Teil ja nur eine andere Form der Arbeitslosigkeit ist —, sehr schlechte Aussichten für ihre wirtschaftliche Zukunft. Auch sie haben ein gewisses Empfinden dafür, die Schuld dem Kapitalismus zuzuschieben, aber sie schieben sie doch immer nur in der Hauptsache auf die Republik, auf die Demokratie, auf die Marxisten, die das Bildungsprivileg beseitigen wollen; sie sind durch Herkunft und Umgebung auch noch so stark an die Bourgeoisie gebunden, daß ihnen der Beitritt zur Sozialdemokratie als eine Anerkennung ihrer Deklassierung erscheint.

Das alles sind Erwägungen, die angestellt werden müssen, wenn man sich die Frage vorlegt, ob die Wendung der Hitlerpartei zum Kapitalismus und zur scheinbaren bürgerlichen Wohlanständigkeit die Reihen des Nationalsozialismus stärken und in verhältnismäßig kurzer Frist lichten wird. Es sind Erwägungen, die zu dem Ergebnis führen müssen, daß das voraussichtlich nicht der Fall sein wird, und daß daher eine Überwindung des Faschismus eine Sache längerer Frist und angestrengter Arbeit der Verfechter der Demokratie sein muß. (Zustimmung.)

Um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, ob der kapitalistisch geläuterte und auf Legalität frisierte Nationalsozialismus für uns und die Demokratie eine größere Gefahr ist als der ursprünglich intransigente, so hängt für ihre Beantwortung alles davon ab, was wir unter der Gefahr des Faschismus verstehen. Fürchten wir den Putsch, so mag diese Möglichkeit zunächst geringer geworden sein. Fürchten wir den unmittelbaren faschistischen Einfluß auf die Regierung und Verwaltung, so ist diese Möglichkeit gewachsen, zumal wenn wir feststellen, wie die alten bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, immer mehr von den Nationalsozialisten aufgefressen werden. (Sehr richtig!) Nun haben wir unsere ganze bisherige Abwehr in erster Linie doch gerade auf die Fernhaltung der Nationalsozialisten von einer Beteiligung an der Regierung in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien eingestellt. Gewiß haben wir auch die Drohung einer gewaltsamen Erhebung in Rechnung gesetzt und unsere Anhänger mit dem Reichsbanner, den Sportorganisationen usw. eine Verteidigungsstellung beziehen lassen. Aber das Wesentliche war für uns doch, eine sozusagen auf friedlichem Wege zustande kommende bürgerlich-nationalsozialistische Koalition zu verhindern, und es besteht also kein auf Legalität oder Illegalität zurückzuführender Anlaß, die bisher angewendeten Methoden zu ändern.

Diese Methoden waren von der Sorge diktiert, daß die Hitlerpartei, zur Mitregierung gerufen, durch ihr zahlenmäßiges Gewicht, durch den Elan ihrer politischen Aktion, beherrschenden Einfluß in einer Regierung erlangen und ihn benutzen werde, um die Demokratie zu unterminieren, um sich in alle erreichbaren Posten hineinzudrängen und so, wenn auch nicht ein rein faschistisches, so doch ein von faschistischen Ideen stark durchsetztes Staatswesen zu schaffen. Man mag zugeben, daß ein in seiner Taktik und in seinen Augenblicksforderungen bescheidener gewordener Nationalsozialismus an seinem Ungestüm einigen Schaden erleiden würde. Aber das Ziel würde kein anderes sein als das, was nach dem 14. September laut verkündet worden ist.

Wenn man also unsere bisherige Politik für richtig hält, dann sehe ich in der starken Betonung der Legalität und in den Koalitionsmöglichkeiten, die aus ihr erwachsen können, keinen Grund, neue Wege einzuschlagen. Ob diese Politik richtig war oder in diesem Maße richtig gewesen ist, wie ich und die Mehrheit der Fraktion glauben, darüber wird ja im Zusammenhang mit dem Fraktionsbericht noch zu reden sein. Was zu ihrer Modifizierung veranlassen könnte, ist nach meiner Ansicht nicht die Änderung in dem Gebaren der zu bekämpfenden Gefahr, sondern könnte nur die Erkenntnis sein, daß ganz ohne Rücksicht auf Legalität oder Illegalität und ganz ohne Rücksicht auf die Stimmungen, die einen erkennbaren Wechsel in den Kampfesweisen auf die bürgerlichen Kreise ausüben, durch unsere Politik und ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse die Stoßkraft der sozialdemokratischen Partei so geschwächt würde, daß sie Gefahr liefe, auf die Dauer nicht mehr der Faktor im politischen Leben zu sein, der sie heute ist.

Das sind die Erwägungen, die wir anzustellen haben. Aber die Frage, wie weit wir gehen können, ohne uns selbst schweren und unheilbaren Schaden zuzufügen, steht ja nicht erst seit heute und seit gestern auf der Tagesordnung. Sie wird auch durch die neue Notverordnung des Kabinett Brüning nicht völlig neu aufgerollt. Wir haben sie uns von allem Anfang an und den ganzen Winter hindurch sozusagen täglich vorlegen müssen. Wir mußten wissen, daß unser Verhalten bei Arbeitern, die nicht fest zu unserer Organisation stehen, Bedenken erregen könne. Wir konnten nicht im unklaren darüber sein, daß die bürgerlichen Parteien aus unserer Entschlossenheit, die Abwehr des Faschismus an die erste Stelle zu rücken, auf wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und anderen Gebieten Nutzen für sich ziehen würden. Wir durften nicht daran zweifeln, daß die Kommunisten, die auch unter den gegenwärtigen Umständen in der Sozialdemokratie ihren am meisten gehaßten und bekämpfenswertesten Feind sehen, unseren notgedrungenen einstweiligen Verzicht auf bestimmte Programmforderungen gegen uns ausbeuten würden, und es kann uns infolgedessen nicht überraschen, daß wir an der Peripherie unserer Wählermassen Stimmen an die Kommunisten verlieren.

Wir haben also heute genau wie bisher in jedem einzelnen Falle abzuwägen, ob das, was wir selbst und die anderen uns zumuten, kein zu hoher Preis für die Abwehr des Faschismus ist. Diese Frage wird brennend für uns, wird brennend vor allem für die Reichstagsfraktion durch die Notverordnung, die heute oder morgen bekannt werden wird. Sie wird eine schwere Belastung bringen, sie wird das Problem erneut aufrollen: Können wir noch weiter oder müssen wir jetzt haltmachen? Dabei kommt es nicht zuletzt auf ein Sichklarwerden darüber an, ob ein Abbiegen unserer Linie nicht Folgen nach sich ziehen kann, die nicht sowohl für die Gegenwart als für die Zukunft der sozialistischen Arbeiterbewegung nachteiliger sein können als die Mandatsverluste, die wir zur Zeit zu beklagen haben. (Sehr wahr!)

Es ist gestern in der Diskussion von der Verantwortung der Partei gesprochen worden. Ein Redner tat so, als ob das Verantwortungsgefühl nicht in erster Linie bei denen läge, die die bisherige Politik der Partei gemacht und verteidigt hätten. Welch ein Irrtum! Wir sehen den Kern unserer Verantwortung darin, daß wir in dieser Zeit nicht in erster Linie fragen: Was bringt uns augenblickliche Agitationserfolge?, sondern daß wir fragen: Was dient der Zukunft, was dient der zukünftigen Sicherung der Arbeiterbewegung? (Zustimmung.) Alle die Auseinandersetzungen, die wir in der Partei und in der Fraktion in den letzten Monaten zu führen hatten, hängen ja mit den Meinungsverschiedenheiten über diese Frage zusammen. In allem war das Problem entscheidend: Wo liegen die Grenzen unserer sozialdemokratischen Politik?

Diese Diskussionen — lassen Sie mich das sagen — sind für die Partei keine Gefahr, sie sind im Gegenteil zu begrüßen, solange sie in dem Bewußtsein geführt werden können, daß es beiden Richtungen ehrlich und ausschließlich um die Sicherung der letzten Ziele unserer Bewegung zu tun ist. (Sehr gut!) Solange man denen, die die Erhaltung der Demokratie in die vorderste Linie stellen, nicht abstreitet, daß sie es aus der Überzeugung heraus tun, die Sicherung der demokratischen Basis sei eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Verwirklichung der Forderungen der Arbeiterklasse, ist das der Fall.

Allerdings dürfen wir auf der anderen Seite den bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbst willen getrieben wird, daß wir vielmehr in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken, daß wir nicht verbürgerlichen, weil wir einer bürgerlichen Regierung Zugeständnisse machen, daß wir das Kabinett Brüning nur am Leben erhalten, solange es entschlossen und imstande ist, die faschistischen Aspirationen abzuwehren, und daß wir die Verletzungen der demokratischen Form nur dulden, um den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten. Darüber hat unser Parteigenosse Professor Heller, der Staatsrechtslehrer in Berlin, in seinem Buche „Europa und der Faschismus“ einen Satz geschrieben, den ich den Kritikern in unseren Reihen zur Beachtung vorlegen möchte:

Die Gesetzesherrschaft des Rechtsstaates kann so erheblich durch so wenig voraussehbare, höchst individuelle Vorgänge in ihrem Bestande bedroht sein,

daß die rechtsstaatliche Verfassung nur noch gerettet werden kann durch höchst individuelle, ebenfalls nicht voraussehbare und deshalb nicht normierbare Willensakte, die zum Zwecke dieser Rettung die Gesetze einschließlich zahlreicher Verfassungsbestimmungen verletzen müssen, um die Geltung eben dieser Verfassung für die Zukunft zu sichern.

Wir müssen also uns selbst und den anderen klarmachen, daß die Politik, die wir seit dem November verfolgt haben, ihre Grenzen hat, aber wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß Deutschland nicht das Schicksal Italiens erleidet, wo der Faschismus triumphieren konnte, weil die Regierung schwach und die Sozialistische Partei innerlich zerrissen und daher entschlußunfähig gewesen ist. (Sehr wahr!)

Es tut mir leid, wenn ich mit meinen Ausführungen meinem Freunde Sollmann einige Rosinen wegnehme, aber ich glaube, daß in einer allgemeinen Betrachtung über den Faschismus auch diese Dinge gesagt werden müssen. Wenn das, was ich sage, gut und wahr ist, dann schadet es ja nichts, wenn es zweimal gesagt wird.

Wer außerhalb der Reichstagsfraktion Kritik übt, wer etwas Neues und anderes will, der hat auch die Pflicht, mit uns gemeinsam darüber zu beraten, was denn nun eigentlich geschehen soll. Man muß uns sagen: Können wir es ertragen, wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gehen? Man muß uns nachweisen, daß sie keine Gefahr für die Demokratie darstellen in einem Augenblick, wo leider die Arbeiterklasse angesichts der Politik der Kommunisten für eine einige Abwehr nicht zu haben ist. Man muß uns sagen, was zu geschehen hat, wenn zum Beispiel eine Beamtenregierung kommt. Man darf sich also nicht auf die Kritik beschränken, sondern muß klar sehen, was nach Brüning kommen kann.

Aber indem wir den Faschismus von der Regierung fernhalten, das müssen wir zugeben, sind wir noch weit davon entfernt, ihn tatsächlich überwunden zu haben. Dazu bedarf es anderer Mittel, deren Anwendung in der Hauptsache außerhalb des Parlamentes liegt. Wir haben zur Erreichung dieses Zieles in der abgelaufenen Zeit sehr viel, ja außerordentliches geleistet. Wir haben Versammlungen über Versammlungen veranstaltet, wir haben Flugblätter und Broschüren verbreitet, kurzum eine Aufklärungs- und Anspornungsarbeit getan, wie sie in der Geschichte politischer Parteien wohl beispiellos dasteht. Hier steht aber nach wie vor die bei weitem wichtigere Aufgabe vor uns. Wir überwinden den Gegner nicht, wenn wir ihn nur von der Macht fernhalten, wir überwinden ihn auch nicht, wenn wir der kommunistischen Parole: Schlagt sie, wo ihr sie trefft! folgen. Wir überwinden ihn nur, wenn wir alles daransetzen, die materiellen und geistigen Voraussetzungen seiner Entstehung und seines Wachsens zu beseitigen.

Wenn wir für Maßnahmen eintreten, die geeignet sind, die wirtschaftliche Not zu lindern, wenn wir uns gegen die Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung und insbesondere gegen eine Verminderung der Leistungen für die Arbeitslosen zur Wehr setzen, so sind wir damit auch darauf aus, dem Nationalsozialismus eine seiner Wurzeln abzugraben. Daß bürgerliche Parteien uns in diesem Bestreben nicht unterstützen, daß sie im Gegenteil aus engstirniger Rücksicht auf einzelne Interessentengruppen sich geradezu gegen die Sozialpolitik wenden und den breiten Massen die Kosten der an sich zweifellos sehr notwendigen Sanierung der öffentlichen Finanzen auferlegen wollen, ist ein Beweis dafür, daß sie die vom Faschismus drohende Gefahr gering einschätzen, oder daß sie sie nicht abwehren und überwinden wollen.

Es wäre aber nun falsch, im Nationalsozialismus ausschließlich ein Elendsprodukt erblicken zu wollen. Es wäre auch verfehlt, ihn vollständig mit denjenigen seiner Elemente zu identifizieren, für die die Parteizugehörigkeit nur eine Art von Freibrief für Gewalttaten und Roheitsakte bildet. Selbstverständlich ist dieses Rowdytum ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Bewegung, aber wir kommen doch nicht um die Feststellung herum, daß ihr auch Menschen

anhängen, die sich nicht als Raufbolde ansprechen lassen, die geistige Interessen besitzen und die der Überzeugung sind, daß ihre Organisation tatsächlich eine moralische, wirtschaftliche und politische Neugeburt Deutschlands erstrebe und auch erreichen werde. Zu diesen gehört die große Zahl derer, die ein dunkles Empfinden für die kapitalistischen Untergründe der gegenwärtigen Zustände besitzen, die sich aber aus mannigfachen Erwägungen nicht zum Anschluß an die Sozialdemokratie entschließen können.

An diese Kreise muß sich unsere Aufklärungsarbeit wenden. Sie muß bemüht sein, diese Kreise zu erfassen. Es ist gut, wenn in immer wieder erneuerten Anstrengungen versucht wird, dem Volke das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu zeigen, wenn seine Lügen an den Pranger gestellt werden, wenn die Unklarheiten, Unsinnigkeiten und Widersprüche seines Programms dargelegt werden, wenn der Gegensatz zwischen seinen theoretischen Forderungen und seiner praktischen Politik enthüllt wird, wenn vor allem die Unwahrheit seiner sozialistischen Redensarten ans Licht gebracht wird. Aber das alles ist Abwehr und Kritik. Diese Kritik ist zweifellos dringend notwendig, aber sie bedarf der Ergänzung durch den ständigen Hinweis auf das, was die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse und für die Gesamtheit geleistet hat und leisten will, und namentlich durch unsere eigene Entschlossenheit, unseren politischen Willen stärker herauszuarbeiten und die Ziele deutlicher erkennbar zu machen.

Es genügt nicht, zu sagen, daß wir die wahren Vertreter sozialistischer Ideen seien. Der Inhalt dieser Ideen muß dargelegt werden, und zwar so verständlich, daß ihn auch diejenigen Schichten begreifen, die nicht durch Geburt und Überlieferung zu uns gehören. Selbstverständlich ist die Behauptung, daß wir nach dem Kriege unseren Sozialismus in die Ecke gestellt hätten und verbürgerlicht wären, eine Unwahrheit. Aber die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß wir sehr nachdrücklich von unseren Aufgaben im gegenwärtigen kapitalistischen Staat gesprochen haben und sprechen mußten. Wir haben uns mit der Sicherung der Republik beschäftigt, wir haben über einzelne Gesetze und Paragraphen diskutiert, wir haben von der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit von Koalitionen geredet. Das war sicher eine durch die Umstände gebotene Notwendigkeit, und diejenigen, die uns nahestehen, die mit uns leben und politisch tätig sind, wissen, daß die sozialistische Idee darüber nicht zu kurz gekommen ist.

Aber für die anderen muß diese Idee doch immer wieder schärfer beleuchtet werden. Wir müssen ihnen auseinandersetzen, daß und warum der Sozialismus schließlich die Rettung ist. Wir müssen ihnen das Bild des „Zukunftsstaates" wieder mehr vor Augen führen und dartun, daß er ein erstrebenswerteres Ziel und zugleich eine größere Realität ist als das nationalsozialistische phantastische Dritte Reich. Wenn wir vom Sozialismus reden, dürfen wir es auf der anderen Seite auch nicht so darstellen, als sei das eine Sache später Zukunft. Nein, der Sozialismus muß für uns Gegenwartsaufgabe sein! (Zustimmung.) Wir müssen zeigen, daß in der kapitalistischen Welt Ansätze zum Sozialismus vorhanden sind, und wir müssen praktisch an der Vergrößerung, Vertiefung und Erweiterung dieser Ansätze arbeiten. Wir müssen zeigen, wie die sozialistische Idee schon im kapitalistischen Leben sich durchzusetzen beginnt, wir müssen zeigen, wie wirtschaftliche Gesetze auf das engste mit dem von den Massen zu betätigenden Willen zum Sozialismus zusammenhängen, und wie dann die Betätigung dieses Willens gerade denen zugute kommt, die in Verkennung ökonomischer Gesetze den Willensfaktor stärker betonen, als zulässig ist.

Doch nicht nur den Sozialismus sollen wir predigen, sondern es ist auch eine unserer vornehmsten Aufgaben, die Demokratie zu rechtfertigen und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk auseinanderzusetzen. Wenn wir gelegentlich auch in unseren Kreisen Zweifel an dem Werte der Demokratie äußern hören, wenn wir das Verslein vernehmen: „Die Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus ist das Ziel", so erwächst uns die doppelt dringende Aufgabe, der Demokratie zu ihrem Ansehen zu verhelfen und auf ihre unlösbare Verbundenheit

mit der sozialistischen Idee zu verweisen. Was ein Abgehen von ihrem Wege bedeutet, können wir an dem Beispiel Italiens und auch Polens, Jugoslawiens und so weiter dartun. Wir können die Menschen, Männer und Frauen, an ihre heiligsten Menschenrechte erinnern und sie fragen, ob sie in einem noch höheren Grade als es im alten Deutschland der Fall war, wieder ausschließlich Objekt der Gesetzgebung werden wollen?

Wir müssen ihnen sagen, wie unverständlich es sei, wenn ein Volk, das sich mit seiner Bildung und mit seinem selbständigen Urteil brüstet, unter ein Joch kriechen wolle, das zur Not von einem Volk von Analphabeten auf sich genommen werden kann, daß das Führerproblem, das ja eine so große Rolle spielt, nirgendwo besser und erfolgreicher zu lösen ist, als eben in der Demokratie. Daß gerade die Interessen der Arbeitenden nur in einem demokratischen Staate, in dem der Wille der Massen den letzten Ausschlag gibt, wahrzunehmen sind.

Allerdings muß diese Demokratie sich selber zu disziplinieren imstande und gewillt sein. Sie darf bei aller Wachsamkeit und Bereitschaft zur Kontrolle eine sich auf dem Willen der Mehrheit gründende Regierung nicht durch kleinliche Kritik und Nörgelei in ihrer Arbeit hindern. Sie hat vor allem dafür Sorge zu tragen, daß wirklich feste und stabile Mehrheiten zustandekommen, und um dieses Ziel zu erreichen, muß sie jede Möglichkeit ergreifen. Wenn in dieser Beziehung beispielsweise eine Änderung des Wahlsystems Erfolg versprechen sollte, so dürfen wir vor ihr nicht zurückschrecken. Das Volk muß dazu erzogen werden, sein Heil nicht in kleinen Fraktionen und Fraktiönchen zu suchen, sondern durch klare Mehrheiten die Voraussetzung für starke Regierungen zu schaffen, und diese Regierungen, wenn sie den Wünschen der Wähler nicht entsprechen, bei der nächsten Gelegenheit durch andere zu ersetzen. Nichts ist verhängnisvoller für die Demokratie als das Vorhandensein von Kabinetten, die, weil sie Rücksichten auf alle möglichen Splitterparteien nehmen müssen, zu keinem Entschluß gelangen können. (Sehr wahr!) Selbst wenn diese Entschlüsse unseren Ansprüchen zuwiderlaufen, ist es noch immer besser, als wenn ewiges Schwanken, ewige Kompromißverhandlungen und fortgesetzte Unsicherheit die Demokratie kompromittieren und dem Ansturm der Faschisten preisgeben.

Daß zur Demokratie nicht nur die innere, sondern auch die auswärtige Politik gehört, brauche ich nicht zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie eine Politik der Verständigung, des Friedens verlangt, daß sie es verbietet, daß irgendeine Regierung oder irgendein Minister in Handlungen oder Worten Zugeständnisse an den Nationalismus der Hitlerianer macht. Ich sage ganz offen: ich sehe im Moment solche Gefahren. Ich weiß nicht, ob der deutsche Außenminister Dr. Curtius ehrlich und fest entschlossen ist, nationalsozialistischen Phantastereien entgegenzutreten. Verhängnisvoll für unsere ganze außenpolitische und innerpolitische Zukunft wäre es, wenn man wirklich einen solchen Weg beschreiten würde. Die Nationalsozialisten würde man im Nationalismus doch nicht übertreffen können; zerstört aber wäre das ganze Gebäude, das dank sozialdemokratischer Mitarbeit in den Jahren nach dem Kriege aufgerichtet worden ist.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte von der Jugend und an die Jugend sagen! Denn ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir den Faschismus überwinden wollen, nichts notwendiger ist als ihre Umstimmung und ihre Gewinnung. (Sehr wahr!) Dabei können wir nicht in den schweren, nationalsozialistischen Fehler verfallen, die Jugend zu umschmeicheln und ihr Qualitäten zuzusprechen, die sie mehr als das Mannesalter zur Führung und maßgebenden Beeinflussung der Politik geeignet erscheinen lassen. Wir können auch, um ihren Tatendrang zu befriedigen, sie nicht zu der Stuhlbeinideologie der SA-Leute erziehen. (Heiterkeit.) Aber ich glaube, wir müssen der jungen Generation und ihrem Wollen doch ein größeres Verständnis entgegenbringen, als es noch vielfach in unseren eigenen Reihen bisher vorhanden ist. (Zustimmung.) Ich sprach schon von der starken irrationalistischen Strömung. Nun

sind wir nicht in der Lage, die ökonomischen Gesetze, wie sie uns Marx gelehrt hat, um die Jugend zu gewinnen, in Abrede zu stellen; aber wir haben gerade der Jugend gegenüber die Pflicht, den Willensfaktor hervorzuheben und sollen es nicht allzu tragisch nehmen, wenn sie Kritik an jenen Gesetzen übt. Wir sollen ihre romantischen Wünsche nicht zu dämpfen versuchen, wir sollen ihren Illusionen nicht mit dem kalten Spott des Besserwissenden begegnen (Sehr richtig!), sondern wir sollen nur bemüht sein, sie mit den realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Wir wollen sie nicht verhöhnen, sondern ihnen die Gelegenheit geben, die Stichhaltigkeit ihrer Ansichten in praktischer Mitarbeit zu erproben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Jungen sollen nicht Führer sein; aber man soll ihnen die Wege zur Führerschaft nicht verschließen (Sehr wahr!), indem man ihren Radikalismus brüsk zurückweist und ihre Unreife abfällig kritisiert. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Wir Alten und Älteren sollten daran denken, daß wir selbst auch einmal jung gewesen sind (Heiterkeit und erneute lebhafte Zustimmung.); wir sollen alle diejenigen bedauern, die schon in ihren jungen Jahren sich ausschließlich von der Vernunft oder einem greisenhaften Verstand haben leiten lassen. (Sehr wahr!) Die Generationen folgen einander nicht nur, sondern sie unterscheiden sich auch voneinander, und wir haben die Pflicht, die Ideen der Jungen nicht nur zu prüfen und zu kritisieren, sondern auch zu untersuchen, wieweit wir um der Zukunft willen genötigt sind, ihnen Rechnung zu tragen. (Zustimmung.)

Dabei dürfen wir uns nicht auf die Beschäftigung mit der Arbeiterjugend im engeren Sinne beschränken. (Sehr richtig!) Jene jungen Akademiker, die ja zum guten Teil nichts anderes sind als neues zuwachsendes Proletariat, verdienen und erfordern unsere Aufmerksamkeit. Wir können und sollen von ihnen nicht verlangen, daß sie sich ohne weiteres unseren Organisationen anschließen; aber wir sollen bemüht sein, ihnen unsere Auffassung näher zu bringen, sie zum Nachdenken zu veranlassen, sie nicht abzustoßen, sondern anzuziehen. Gerade die Eroberung der Jugend ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung des Faschismus. Können wir sie davon überzeugen, daß unsere Ideale erstrebenswerter sind als die der Hitler, Frick usw., daß sie auch erstrebenswerter sind als die der Faschisten mit dem kommunistischen Vorzeichen, dann haben wir gewonnenes Spiel.

Auf die Dauer kann, wenn wir in diesem Sinne arbeiten, der Faschismus in Deutschland nicht triumphieren. Eine Partei und eine Bewegung, die so wenig gesicherte theoretische Grundlagen hat wie die nationalsozialistische, die ausschließlich mit Gefühlen und Empfindungen, mit dem Appell an niedrige Instinkte des Hasses und des Neides arbeitet, hat keine Zukunft; aber wir dürfen uns keinen falschen Hoffnungen hingeben. Der Nationalsozialismus wird noch auf längere Zeit in Deutschland stark sein, und wir können diese Frist nur durch regste Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments verkürzen durch Arbeit an der Beseitigung seiner ökonomischen Grundlagen, durch Arbeit an der Aufklärung der Massen, vor allem durch die immer wiederholte Darstellung unserer eigenen Ziele und indem wir als Sozialdemokraten ein praktisches Beispiel einer klaren, festen, auf den Sozialismus gerichteten Politik geben.

Manch einem von uns mag manchmal eine Stunde der Mutlosigkeit ankommen. Manch einer mag erschreckt stehen vor der gewaltig anschwellenden Flut des Faschismus in Deutschland. Aber die Sozialdemokratie hat schon Schwereres durchgemacht, sie hat manche Gefahren siegreich überstanden, hat manchen Gegner überwunden. Voraussetzung war immer nur, daß sie innerlich einig war und daß sie an sich selbst nicht verzweifelte. (Zustimmung.) Warum sollten wir den Faschismus in Deutschland nicht besiegen, wenn diese Voraussetzungen vorhanden sind? Nicht an uns verzweifeln, einig und geschlossen bleiben bei aller gegenseitigen Kritik, bei aller Diskussion, die wir miteinander

führen! Wir müssen die Überzeugung haben, daß „feiger Gedanken bängliches Schwanken wendet kein Unheil, macht uns nicht frei. Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, rufet die Arme der Götter herbei". (Stürmischer Beifall.)

Nach einer kurzen Pause folgt der

Bericht der Reichstagsfraktion

Berichterstatter Wilhelm Sollmann: Genossinnen und Genossen! Als auf dem Parteitage in Magdeburg unser Fraktionsführer Dr. Breitscheid mit der großen Rednergabe und dem weiten politischen Horizont, die wir an ihm bewundern, den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete, war deutscher Reichskanzler unser Genosse Hermann Müller. Wir trugen die schwere und undankbare Belastung der Großen Koalition. Die Fraktionspolitik hat auf dem Parteitage zahlreiche temperamentvolle Kritiker gefunden. Diese Kritiker unserer Koalitionspolitik haben insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als wir seit 14 Monaten im Reich nicht mehr in der Regierung sitzen. Ob die Gegner der Großen Koalition mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europas seit unserem Austritt aus der Reichsregierung zufriedener sind, darf man wohl bezweifeln. Jedenfalls wage ich trotz allem Optimismus nicht zu hoffen, daß der Parteitag die Reichstagsfraktion und ihren Berichterstatter mit einmütigem und begeistertem Beifall überschütten wird. (Heiterkeit.)

Unter den Ereignissen, die wir in diesen zwei Jahren rückschauend sehen, sind nur wenige erfreuliche. Den größten außenpolitischen Erfolg, den die Republik erzielt hat, verdanken wir einem sozialdemokratisch geführten Kabinett, nämlich die Rheinlandräumung. (Bravo!) In jedem Lande mit hoher politischer Kultur wäre den Staatsmännern, die diese Tat vollbracht hätten, der Dank der Nation votiert worden. (Sehr wahr!) In Deutschland mit seinen Massen nicht nur von politisch ungeschulten Leuten, sondern leider auch vielen politischen Banditen, ist den Ministern Hermann Müller und Gustav Stresemann der Giftbecher tödlicher Verleumdung gereicht worden. Keine der Parteien, die das Wort „national" im Firmenschild führen, hat für die Befreiung der Rheinlande das geringste getan. Es ist etwas wie ausgleichende Gerechtigkeit, daß Hermann Müller, der den Opfergang zur Unterzeichnung des Versailler Diktats ging, den Tag der Rheinlandräumung noch erlebt hat. Nach dem Erfolg der Befreiungspolitik hat der Stahlhelm eine große Parade in Koblenz abgehalten. In den Zeiten des Kampfes um die Rheinlande aber haben die Führer des Stahlhelms sich genau so in der Etappe herumgedrückt wie der Ex-Kronprinz, der jetzt die Paraden des Stahlhelms abzunehmen beliebt wie während des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, auch im Hinblick auf die neueste Parade in Breslau hat der Parteitag der größten deutschen Partei die Pflicht, auszusprechen, daß diese Paraden mit ihren kriegshetzerischen Reden sich allmählich zu einem außenpolitischen Skandal auswachsen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die Herren, die diese Paraden veranstalten und die früheren Fürsten, die dort als Staffage benutzt werden, weil sie nichts Besseres leisten können, täuschen sich, wenn sie glauben, mit einem solchen Theater dem deutschen Volk und der Außenpolitik zu nutzen. Es ist bedauerlich, daß der Herr Reichspräsident der deutschen Republik derartige Tagungen durch Danktelegramme auszeichnet, für die schließlich auch die Regierung eine gewisse Verantwortung tragen sollte. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der Herr Reichspräsident selbst das Urteil über den Stahlhelm, das wir haben, nicht teilt. Aber wir halten den Stahlhelm trotz aller großen Gesten weniger für eine Organisation, die einen Revanchekrieg vorbereiten

will, sondern wir sind der Auffassung, daß die Führer des Stahlhelms, ihre Geldgeber und ihre fürstlichen Protektoren die Stahlhelmmitglieder nicht für den äußeren Krieg drillen, daß vielmehr der Haß dieser Menschen uns gilt, daß der Stahlhelm eine Organisation ist zur Vorbereitung des Bürgerkrieges und zur Niedertretung der arbeitenden Massen Deutschlands. (Sehr wahr!) Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung sollten sich wohl überlegen, wie es von den Massen des Volkes empfunden wird, wenn der Reichspräsident Ehrenmitglied einer solchen Organisation ist. (Sehr gut!) Ach, die Herren reden in nationalen Tönen; aber gerade als rheinischer Abgeordneter möchte ich in Anwesenheit der ausländischen Delegierten einmal sagen: gemeinsam mit den Sozialisten Deutschlands haben die Führer unserer ausländischen Bruderparteien, wie Mac Donald in England, Vandervelde und Huysmans in Belgien sowie vor allem auch Léon Blum in Frankreich, mehr für die Befreiung deutschen Bodens von fremden Truppen getan als die Seldte, Düsterberg, Hitler und Hugenberg zusammengenommen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Internationale sieht nicht nur ein Land, sie sieht Europa, und sie hat Deutschland gedient um Europas willen. Was ist denn die nationale Not Deutschlands für unsere sogenannten Nationalen? Der verlorene Krieg, die Reparationen, die Verletzung deutscher Souveränitätsrechte, die Friedensverträge sind den Herren nur Agitationsstoff für ihre innerpolitischen Machtkämpfe gegen die deutsche Arbeiterklasse. (Sehr wahr!) Unsere Rechtsopposition ist außenpolitisch vollkommen negativ, sie ist pharisäerhaft und verlogen. Unsere Partei ist allzu lange gegen diesen nationalistischen Volksbetrug nicht aktiv genug gewesen. (Sehr richtig!) Wir sind gerade auch im Hinblick auf unsere außenpolitischen Erfolge zu bescheiden gewesen.

Außenpolitisch — darin dürfte der Parteitag sich einig sein — ist unsere Tätigkeit innerhalb der Partei kaum umstritten. Wir sind auch einig in dem Willen gewesen, den Youngplan anzunehmen. Auch den Youngplan halten wir trotz seiner angeblichen Endgültigkeit nur für einen Abschnitt der Entwicklung zu einer vernünftigen internationalen Reparations- und Schuldenregelung. Wir waren nicht dawesbegeistert und wir sind nicht youngbegeistert. (Sehr richtig!) Wir ziehen nur bittere Folgerungen aus den Machtgruppierungen, die der Weltkrieg geschaffen hat, der Weltkrieg, den das Kaiserreich geführt und zum Fluche Deutschlands verloren hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber auch alle verständigen Teile im Auslande müssen versuchen, die Stimmung des deutschen Volkes begreifen zu lernen, wie wir uns bemühen müssen, die Volkspsychologie der fremden Nationen zu verstehen. Niemand in der Welt wird der deutschen Jugend, auch der deutschen proletarischen Jugend auf die Dauer klarmachen können, daß sie zwei Generationen für die Sünden des Kaiserreiches büßen soll. (Stürmische Zustimmung.) Es ist eine Jugend, die noch gar nicht lebte, als das Kaiserreich und die anderen Regierungen Europas den Krieg einleiteten. Wir achten die Verträge und haben die Verpflichtung übernommen, sie zu erfüllen; aber jede Verpflichtung hat ihre Grenze an der materiellen und seelischen Kraft Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse. Bei der wirtschaftlichen und politischen Lage unseres Volkes wird der Revisionswille auch gegen den Youngplan immer wieder durchdringen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entzieht sich diesem Willen nicht; sie will ihn führen. Gerade weil wir außenpolitisch führen wollen, wird sich die Sozialdemokratie niemals zu verhängnisvollen nationalistischen außenpolitischen Experimenten hergeben. (Sehr richtig!)

Der Youngplan hat immerhin eine fühlbare Senkung der Lasten und eine größere Wiederherstellung der deutschen Souveränität gebracht. Die Ablehnung des Youngplanes würde eine außenpolitische Krise ersten Ranges herbeigeführt und die Wirtschaftskrise noch verschärft haben. Diejenigen würden als erste ihr Geld nach dem Ausland in Sicherheit gebracht haben, die am lautesten Lippenbekenntnisse für eine deutsche Befreiungspolitik ablegen. (Zu-